

I. Vorwort des Präsidenten	3
II. Das Jahr 2010 in der Rückblende	4
Das politische Jahr	4
Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen	4
Aus der Grossratsfraktion	7
III. Tätigkeitsberichte	17
Parteiorgane	17
Geschäftsleitung	17
Parteivorstand	17
Delegiertenversammlungen	18
Fachkommissionen	19
Bau, Verkehr und Energie (BVE)	19
Erziehung (ERZ)	20
Finanzen und Verwaltung (FIN)	21
Gesundheit und Fürsorge (GEF)	22
Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)	23
Polizei und Militär (POM)	25
Volkswirtschaft (VOL)	25
SVP Frauen Kanton Bern	27
JSVP Kanton Bern	28
SVP Senioren Kanton Bern	29
Wahlkreise	31
Bern-Mittelland	31
Emmental	32
Jura bernois	32
Obereaargau	33
Thun	35
Oberland	36
Biel-Seeland	37
Gerichte	39
Obergericht	39
Verwaltungsgericht	39
Untersuchungsrichterämter (Regionale und Kantonale)	41
IV. Organisation / Personelles	43
Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane (Stand 31.12.2010)	43
Geschäftsleitung	43

Parteivorstand	43
Grossratsfraktion	45
Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2010)	47
Mitglieder des Zentralvorstandes	47
Mitglieder des leitenden Ausschusses	47
Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses	47
Regierungsmitglied	48
Parteisekretariat	48
Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“	48
Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern	48
Unsere Verstorbenen	49
V. Schlusswort der Geschäftsführerin	50
VI. Die Partei in Zahlen	51
Mitgliederzahlen	51

I. Vorwort des Präsidenten

Die SVP Kanton Bern war 2010 gefordert. Es galt, die Kraft der mitglieder- und wählerstärksten Partei des Kantons unter Beweis zu stellen. Die Bernische SVP hat die Herausforderung angenommen und mit dem ausserordentlichen Wahlerfolg bei den Gross- und Regierungsratswahlen alle Erwartungen übertroffen. Der bisherige Regierungsratssitz konnte gehalten und die Zahl der Grossratsmandate auf 44 gesteigert werden. Damit ist die SVP-Fraktion die stärkste Vertretung im Grossen Rat und tagt wieder im Grossratsaal, während die SP-Fraktion in das Sitzungszimmer der Staatskanzlei ausweichen musste. Ein Wermutstropfen im erfreulichen Resultat ist, dass es nicht gelang, einen zweiten Regierungsratssitz zurückzuerobern. Die SVP Kanton Bern präsentierte mit Albert Rösti einen hoch qualifizierten Kandidaten mit klaren Positionen und grosser Leistungsbereitschaft. Der amtierende Christoph Neuhaus und Albert Rösti waren fast Tag und Nacht unterwegs und führten einen sehr engagierten Wahlkampf. Beide schlossen mit einem hervorragenden Resultat über dem absoluten Mehr ab, aber Albert Rösti schied leider als überzählig aus.

Der gute Gesamteindruck, den die Bernische SVP bei den kantonalen Wahlen machte, setzte sich in den Kommunalwahlen fort. An dieser Stelle sei all jenen ein grosser Dank ausgesprochen, die sich in den verschiedenen Wahlkämpfen engagiert haben, sei es als Kandidierende, sei es als Wahlhelferinnen und Wahlhelfer. Besonders hervorzuheben ist die Eroberung des Stadtpräsidiums von Thun durch den SVP-Vertreter Raphael Lanz.

2010 war auch ein Jahr der Konsolidierung der Sektionen nach der Parteiabspaltung. Dies zeigte sich darin, dass der Mitgliederschwund der letzten 20 Jahre gebremst werden konnte und sich eine Trendumkehr abzeichnet. Viele neue Mitglieder traten der Partei bei, und vor allem auch jüngere Männer und Frauen wollen sich in der SVP engagieren.

Noch 2010 begannen auch schon die Vorbereitungen für die National- und Ständeratswahlen 2011. Der Auftakt erfolgte früh und parallel zum Start betreffend die Ständeratsersatzwahl vom Februar 2011. Mit Adrian Amstutz nominierte die SVP am 13. Oktober in Kirchberg den bestgewählten Nationalrat und setzte damit ein klares Zeichen. Auch die Nomination der Nationalratskandidierenden erfolgte am gleichen Tag. Die SVP Kanton Bern tritt erstmals mit 1 Liste an.

Der Blick zurück auf das Jahr 2010 zeigt: Die SVP ist hoch motiviert, die Politik im Kanton Bern als stärkste Partei zu prägen und zu diesem Zweck erfolgreich aus den nächsten Wahlkämpfen hervorzugehen. Sie alle leisten dazu einen grossen und wichtigen Beitrag, und dafür möchte ich Euch allen, liebe Mitglieder, liebe Verantwortliche in den Sektionen und Landesteilverbänden

und liebe Amtsträger in Legislative, Exekutive und Judikative sehr herzlich danken!

Rudolf Joder, Nationalrat, Parteipräsident, Belp

II. Das Jahr 2010 in der Rückblende

Das politische Jahr

Eidgenössische/kantonale Volksabstimmungen

7. März

Eidgenössisch

Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1'708'488	504'167	77,2	22,8
Kanton Bern	220'459	71'910	75,4	24,6

Stimmbeteiligung 45,5% (CH) 41,9% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: JA

Volksinitiative „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tiere (Tierschutzanwalt-Initiative)“

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	671'731	1'605'141	29,5	70,5
Kanton Bern	90'927	208'057	30,4	69,6

Stimmbeteiligung 45,8% (CH) 41,9% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; Mindestumwandlungssatz)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	617'209	1'646'369	27,3	72,7
Kanton Bern	81'335	215'723	27,4	72,6

Stimmbeteiligung 45,8% (CH) 41,9% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: NEIN

26. September

Eidgenössisch

Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	958'913	836'101	53,4	46,6
Kanton Bern	132'126	111'537	54,2	45,8

Stimmbeteiligung 35,8% (CH) 34,3% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Kantonal

„zäme läbe – zäme schtimme“ (Verfassungsinitiative)

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
	67'647	176'306	27,7	72,3

Stimmbeteiligung 34,3%

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

28. November

Eidgenössisch

Volksinitiative vom 15.02.2008 „Für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1`398`360	1`243`325	52,9	47,1
Kanton Bern	191`162	164`866	53,7	46,3

Stimmbeteiligung 52,6% (CH) 50,7% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: JA

Ergebnis: JA

Gegenvorschlag

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1`189`186	1`407`743	45,8	54,2
Kanton Bern	162`099	187`757	46,3	53,7

Stimmbeteiligung 52,6% (CH) 50,7% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Volksinitiative vom 06.05.2008 „Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative)“

	Ja	Nein	% Ja	% Nein
Schweiz	1`072`668	1`510`945	41,5	58,5
Kanton Bern	168`647	179`970	48,4	51,6

Stimmbeteiligung 50,9% (CH) 49,0% (BE)

Parole SVP Kanton Bern: NEIN

Ergebnis: NEIN

Aus der Grossratsfraktion

Das Wahljahr 2010 war für die Grossratsfraktion, wie auch für die Partei als Ganzes, ein entscheidendes Jahr. Wieder einmal zeigte sich, wie nahe Freude und Leid liegen.

An der ersten Fraktionssitzung des Jahres erreichte uns die schreckliche Nachricht, dass unser Kollege Ruedi Bieri, Oberbipp, bei einem Arbeitsunfall tödlich verunfallt war. Der Verlust unseres geschätzten und engagierten Kollegen und Freundes hat uns sehr betroffen und traurig gemacht. Ruedi Bieri hat es mit seiner zurückhaltenden, aber bestimmten und zuverlässigen Art verstanden, seine Anliegen erfolgreich zu vertreten und für den Kanton, die Region und seine Gemeinde sehr viel zu erreichen. Er hat die Fraktion im Büro des Grossen Rates mit viel Einsatz und Durchsetzungskraft vertreten. Ruedi war bereits der dritte Grossratskollege, der seit meinem Amtsantritt im Juli 2008 verstorben ist.

Am 28. März folgte dann der Höhepunkt des Jahres, die Grossratswahlen. Die SVP-Fraktion wuchs auf 44 Mitglieder an und ist damit wieder die grösste Fraktion im Kantonsparlament. Die Fraktion ist heute fast wieder gleich gross wie vor der Spaltung unserer Partei und wir können unsere Fraktionssitzungen nun wieder im Grossratssaal abhalten, wie das während Jahrzehnten Tradition war.

Erfreulich ist für mich, wie gut sich unsere neuen Kolleginnen und Kollegen in die Fraktion einfügen und mitarbeiten. Es macht Spass, einer so motivierten, aufgestellten Fraktion vorstehen zu dürfen.

Januarsession

Personelles

Mit grosser Freude durften wir die Wahl von Frau Annemarie Hubschmid Volz (SVP) ins Obergericht feiern. Annemarie Hubschmid hat dank ihrer Kompetenz und Ausstrahlung alle Fraktionen überzeugt und wurde mit einem sehr guten Resultat gewählt.

Verhandlungen

Hauptthema der Session war die Stellungnahme des Grossen Rats zur Volksinitiative der SP und der Grünen mit dem schönen Titel "zäme läbe – zäme schtimme". Die Initiative von SP und Grünen wollte den Gemeinden die Möglichkeit einräumen, Ausländern das Stimmrecht auf Gemeindeebene zu gewähren. Zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien haben wir uns erfolgreich für eine ablehnende Stellungnahme des Grossen Rats zum Volksbegehren ausgesprochen. Ausländer, die längere Zeit hier wohnen und sich integrieren, haben die Möglichkeit, sich einbürgern zu lassen, dann profitieren sie automatisch auch vom Stimmrecht. Die Initiative ist Teil der Salami-

taktik von Rot-Grün, das Ausländerstimmrecht schliesslich auch auf Kantonsebene einzuführen.

Grössere Diskussionen ausgelöst hat der Kredit für die in Zusammenhang mit dem Schengener Abkommen und der Bekämpfung des Terrorismus erforderlichen baulichen Massnahmen auf dem Flughafen Bern-Belp. Die SVP Fraktion hat einstimmig mitgeholfen, den durch hoheitliche Verpflichtungen erforderlichen Kredit zu bewilligen.

Bei der Beratung des Gebäudeversicherungsgesetzes hat sich unsere Fraktion gegen eine Ausdehnung der Geschäftstätigkeit der Gebäudeversicherung auf Bereiche ausgesprochen in denen bereits andere Anbieter tätig sind. Der SVP-Fraktion war es aber ein Anliegen, im Interesse der Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer eine Lösung zur Schliessung der bei Wasserschäden bestehenden Deckungslücke zu finden. Die entsprechenden Bestimmungen des Gesetzes wurden an die Kommission zurückgewiesen.

Märzsession

Personelles

Als Ersatz für den im Januar verstorbenen Ruedi Bieri wurde Peter Andres, Roggwil, vereidigt. Käthi Wälchli, Obersteckholz, wurde anstelle von Ruedi als neue Stimmzählerin gewählt.

Verhandlungen

Ein Hauptthema der Märzsession war die 2. Lesung der Änderung des Steuergesetzes. Die Kommission hatte Steuererleichterungen für den Mittelstand bei den Einkommenssteuern, den Vermögenssteuern und bei den Steuern auf Kapitalauszahlungen vorgeschlagen. Auch sollte die kalte Progression ausgeglichen werden. Kurz vor der Session hat dann der Verband Bernischer Gemeinden mobilisiert und einige bürgerliche Grossratsmitglieder überzeugen können, dass die von der Kommission beantragten Steuersenkungen für die Gemeinden nicht tragbar seien. Die bürgerliche Mehrheit der Kommission hat deshalb einen weiteren Kompromiss erarbeitet, der schliesslich im Rat eine knappe Mehrheit fand. Dank einem geschickten Taktieren mit einem Eventualantrag konnten wir zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien verhindern, dass die Linke wie bei der Revision 2008 einen Volksvorschlag einreichen konnte. Die Steuergesetzrevision wird uns nun im Rahmen der Beratung der Initiative der SP und der Grünen noch einmal beschäftigen. SP und Grüne wollen die Steuersenkungen rückgängig machen und gleich noch die Pauschalsteuern für Ausländer abschaffen.

Kurz vor Ende der Legislatur wollte die Energiedirektorin noch das revidierte kantonale Energiegesetz unter Dach und Fach bringen. Trotz massiver Gegenwehr ist es uns nicht gelungen, zu verhindern, dass der Grosse Rat den

Gebäudeenergieausweis für alle vor 1990 bewilligten Gebäude obligatorisch erklärte und dass er eine sogenannte Förderabgabe auf Strom, also eine neue Stromsteuer, einführt. Für einmal stimmte hier die BDP mit unserer Fraktion gegen diese neuen Vorschriften, dafür verhalten einige Mitglieder der FDP-Fraktion diesen linken Begehren zum Durchbruch. Wie gleich nach der Ratsdebatte angekündigt, haben wir gegen das neue Energiegesetz das Referendum mit Volksvorschlag ergriffen und werden mit allen Mitteln versuchen, den obligatorischen Gebäudeenergieausweis und die Stromsteuer aus dem Gesetz zu kippen.

Bei der Beratung des Universitätsgesetzes hat einzig die Zwangsmitgliedschaft aller Studierenden bei der Organisation SUB (StudentInnen Universität Bern) Wellen geworfen. Leider stand unsere Fraktion mit der Forderung, die Zwangsmitgliedschaft in dieser politisierten Bewegung aufzuheben, praktisch alleine da.

Mit dem Ende der Märzsession sind unsere Grossratskollegen Werner Aebischer, Andreas Lanz, Peter Andres, Peter Bernasconi, Hans-Ulrich Gränicher und Werner Hostettler aus dem Rat ausgeschieden. Ihnen allen danke ich ganz herzlich für ihre hervorragende Arbeit im Interesse unseres Kantons und unserer SVP. Ganz herzlich möchte ich mich auch für die gute Kameradschaft bedanken.

Junisession

Personelles

Vor der Junisession hat sich die neu zusammengesetzte und erweiterte Fraktion zu einem Apéro getroffen. Neben dem gegenseitigen Kennenlernen ging es vor allem auch darum, Nominationen zur Besetzung unsere Sitze in den ständigen Kommissionen vorzunehmen. Neu stehen uns dort wieder je 5 Sitze zu.

Höhepunkt der Junisession war die Wahl unseres Kollegen Gerhard Fischer, Meiringen, zum Grossratspräsidenten und damit zum höchsten Berner. Mit Umsicht und stoischer Ruhe führt Geri nun auf Haslitsch den Ratsbetrieb.

Verhandlungen

Wie so oft sind auch in der Politik Erfolg und Misserfolg sehr nahe beieinander. Auf nicht gerade „feine“ Art verwehrte der Grosse Rat unserer Kollegin Sabina Geissbühler die Wahl in die Oberaufsichtskommission. Besonders störend am Vorgehen der anderen Parteien war, dass sich keiner der Fraktionspräsidenten wagte, am Rednerpult etwas zu den Gründen für die Nichtwahl von Sabina zu sagen.

Viel Zeit und entsprechende Vorbereitungen beanspruchten die Wahlen im Zusammenhang mit der Justizreform. Mit unseren Interventionen konnten wir

verhindern, dass die bisherigen, langjährigen Gerichtspräsidenten zusammen mit den sich neu bewerbenden Kandidatinnen und Kandidaten in einem Wahlgang zur Wahl gestellt wurden. Dieses von der Justizkommission beantragte Vorgehen hätte zur Folge haben können, dass langjährige bewährte Gerichtspräsidenten wegen parteipolitischer Spielchen plötzlich nicht mehr gewählt worden wären und damit ihre Arbeitsstelle verloren hätten. Für die bisherigen Gerichtspräsidenten wurde auf unseren Antrag ein separater Wahlgang durchgeführt.

Auf dem Programm stand unter anderem die zweite Lesung der Revision des Universitätsgesetzes. Hier haben wir unsere Forderung wiederholt, die Zwangsmitgliedschaft der Studierenden in der SUB (StudentInnen Universität Bern) aufzuheben. Leider sind wir unterlegen. Die anderen „bürgerlichen“ Parteien haben trotz ihrer „liberalen“ Grundhaltung mit fadenscheinigen Argumenten die Zwangsmitgliedschaft im Gesetz neu verankert.

Gegen ihren Willen hat der Grosse Rat die Regierung beauftragt, dem Bund eine befürwortende Stellungnahme zum Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg am heutigen Standort zuzustellen. Die Stellungnahme an den Bund wird den Grossen Rat und das Berner Volk noch beschäftigen.

Septembersession

Verhandlungen

Für einmal stand die Gesundheits- und Fürsorgedirektion im Zentrum des Interesses: Die Vorstösse rund um das Thema „Spitalzentrum Biel“ zeigten die eklatante Führungsschwäche des SP-Gesundheitsdirektors Philippe Perrenoud.

Höhepunkt aus Sicht unserer Fraktion war aber der Grosse Erfolg der Motion unseres Fraktionskollegen Lars Guggisberg. Seine Motion, die einen Verzicht auf den von Regierungsrat Perrenoud beantragten Selbstbehalt auf Spitex-Leistungen forderte, wurde praktisch einstimmig überwiesen.

Ende 2009 hatte unsere Fraktion fünf Vorstösse mit dem Titel „Ausgaben hinterfragen“ eingereicht. Drei dieser Anliegen wurden in der Septembersession behandelt und gegen den Willen des Regierungsrates als Motion, bzw. als Postulat überwiesen. Im Bereich der Baustandards verlangten wir eine Abkehr vom zwingenden Minergie-P-Eco-Standard für kantonale Bauten. Dieser Punkt wurde als Postulat überwiesen. In der gleichen Motion verlangten wir, auf Kunst am Bau sei zu verzichten. Dieser Punkt wurde als Motion überwiesen. Im Bereich „Finanzen“ verlangten wir eine generelle Überprüfung der Aufgaben des Kantons. Dieser Punkt wurde – gegen den Willen der Regierung – als Motion überwiesen. Auch unsere Motion mit dem Titel „Informatik im Kanton Bern – Optimum statt Luxus“ wurde vom Grossen Rat – gegen den Willen der Regierung – als Motion überwiesen.

Mit dieser Vorstossreihe hat unsere Fraktion bewiesen, dass wir nicht nur Ausgabensenkungen fordern, sondern auch konkret sagen, wo wir Einsparungsmöglichkeiten sehen.

Wie nach dem einstimmigen Entscheid der vorberatenden Kommission nicht anders zu erwarten war, beschloss der Grosse Rat, auf die Revision des Gesetzes über die Regierungsstatthalter nicht einzutreten. Auslöser für die Gesetzesrevision war die katastrophale Situation auf dem Regierungsstatthalteramt Bern-Mittelland. Auf diesem neu geschaffenen Amt bleiben Baugesuche und Gesuche im Bereich des bäuerlichen Bodenrechts monatelang liegen. Der Regierungsstatthalter ist total überfordert.

Interessant war die Debatte über die Öffnung des Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen. Der Regierungsrat beantragte, hundert Millionen aus dem Rechnungsergebnis 2009 in dieses „Kässeli“ einzulegen. Trotz „bürgerlicher“ Mehrheit wurde diese Einlage mehrheitlich genehmigt. Neben der BDP, die schon der Schaffung des Kässelis zum Durchbruch verholfen hat, hat auch die FDP eine Kehrtwende vollzogen und der Öffnung zugestimmt. Abgelehnt haben die SVP-Fraktion, die EDU sowie die Grün-Liberalen.

Novembersession

Verhandlungen

Ein Schwerpunkt dieser Session war die Beratung der Änderung des Sozialhilfegesetzes. Hier hat sich unsere Fraktion für Transparenz und einen einfacheren Datenaustausch zwischen den beteiligten Stellen eingesetzt. Gleichzeitig verlangten wir auch Massnahmen zur Verhinderung von Missbräuchen. Die gegenseitige Unterstützung unter den Bürgerlichen funktionierte ein weiteres Mal nur sehr beschränkt, so dass einige unserer Vorschläge abgelehnt oder an die Kommission zurückgewiesen wurden.

Zum Ärger der Energiedirektorin und gegen den Willen des Regierungsrats beschloss der Rat, dem Volk zu empfehlen, beim Bund eine positive Stellungnahme zum Ersatz des Kernkraftwerks Mühleberg einzureichen. Die Debatte war geprägt von Ideologie und unüberbrückbaren Gegensätzen.

Einzigartig war das Ergebnis der Abstimmung zum Volksvorschlag zum neuen Energiegesetz. Mit 83 zu 62 Stimmen empfiehlt der Grosse Rat in seiner neuen Zusammensetzung dem Volk, den bürgerlichen Volksvorschlag und nicht die im März beschlossene Grossratsvorlage anzunehmen. Unsere Fraktion hat sich dabei einstimmig für den Volksvorschlag ausgesprochen. Für einmal konnten wir bei dieser Abstimmung auf die – bei einigen Enthaltungen fast – geschlossene Unterstützung der anderen bürgerlichen Fraktionen zählen.

Anders sah es beim Volksvorschlag zum Gesetz über die Motorfahrzeugsteuern aus. Dieser Volksvorschlag hatte bekanntlich zum Ziel, die Autofah-

rer bedeutend mehr zu entlasten, als dies der Grosse Rat beschlossen hatte. Unsere Fraktion unterstützte als einzige den Volksvorschlag und stand dabei arg im Gegenwind. Die anderen Parteien hatten bei ihrer Kritik an unserer Haltung schon vergessen, dass wir bereits in der ersten Lesung des Gesetzes stärkere Entlastungen der Automobilisten verlangt hatten, aber mit grossem Mehr unterlegen waren. Dass wir uns nun für den Volksvorschlag stark machten, war deshalb nur logisch. Das Ergebnis der Volksabstimmung hat uns recht gegeben...

Die Behandlung von Voranschlag und Finanzplan zeigte einmal mehr, dass es mit der bürgerlichen Geschlossenheit nicht sehr weit her ist. Unseren Antrag auf Rückweisung des von der Regierung vorgelegten, absolut katastrophalen Aufgaben- und Finanzplans mussten wir mangels Unterstützung durch die anderen „bürgerlichen“ Parteien zurückziehen. Überwiesen wurden einzig Planungserklärungen, die gegenüber den ursprünglichen Fassungen massiv verwässert worden waren.

Der von Thomas Fuchs eingereichte und mindestens teilweise überwiesene Vorstoss zum Thema „Schluss mit Überzeit, Gleitzeit und Ferien à discretion“ hat bewirkt, dass das Personalrecht überarbeitet wird und der Regierungsrat nun eine entsprechenden Gesetzesrevision vorlegen muss.

Peter Brand, Grossrat, Münchenbuchsee

Zusammenfassungen Vernehmlassungen

Teilrevision des Gesetzes über die Regierungsstatthalter (12.02.2010)

Die Vernehmlassung fand im Rahmen einer konferenziellen Anhörung statt, weshalb keine schriftliche Stellungnahme verfasst worden ist.

Änderung des Sozialhilfegesetzes (01.03.2010)

Der Gesetzesentwurf erfüllt die Erwartungen der SVP betreffend Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs und Minimierung des bürokratischen Kontroll- und Administrativaufwands nicht. Das Ziel, den Informationsaustausch innerhalb der Behörden im Interesse der Missbrauchsbekämpfung zu automatisieren, wird mit der Gesetzesänderung nicht erreicht. Datenschutz darf nicht Täterschutz sein. Die SVP fordert deshalb, dass sämtliche staatlichen Stellen, die Leistungen ausrichten, sowie die Justiz und die Polizeiorgane untereinander zur uneingeschränkten Auskunft berechtigt und verpflichtet sein sollten. Die Anzeigepflicht für Verbrechen im Zusammenhang mit Sozialhilfeleistungen wird begrüsst. Die SVP verlangt weiter, dass die Voraussetzung der Zustimmung der Betroffenen für eine Informationsweitergabe gestrichen wird. Der Datenaustausch innerhalb der Stellen, die der amtlichen Schweigepflicht unterliegen, muss automatisch erfolgen. Begrüssert wird die klare Umschreibung der Tätigkeit der Sozialbehörde. Der Streichung des Zuschussdekrets wird zugestimmt, die Übergangsfrist ist jedoch zu lang.

Änderung der Verordnung über die öffentliche Sozialhilfe (15.03.2010)

Die SVP betont, dass Sozialhilfebeiträge bis zum Ende einer Erstausbildung die Ausnahme sein sollten. Die Beiträge sollten so bemessen sein, dass der Anreiz für mehr Erwerbseinkommen bestehen bleibt. Die Umfrageergebnisse bei den bernischen Gemeinden betreffend Integrationszulage IZU werden angezweifelt, die SVP plädiert auch für eine Senkung. Für die SVP Kanton Bern ist es selbstverständlich, dass die IZU gekürzt bzw. gestrichen wird, wenn ein Fehlverhalten festgestellt wird. Die SVP spricht sich gegen eine generelle Kürzung der Einkommensfreibeträge EFB aus, da damit die Anreize, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, geschmälert würden. Begrüssert wird, dass durch die Änderung der Verordnung beim Kanton und bei den Gemeinden je etwa sFr. 2.5 Mio. Einsparungen resultieren sollen.

Wasserstrategie 2010 (15.03.2010)

Die SVP teilt die Ansicht nicht, dass die Wassernutzung und -versorgung neu organisiert werden muss, um Qualität und Versorgung zu sichern. Nicht akzeptiert wird, dass den Teilstrategien einseitige Interessenabwägungen zugunsten des Gewässerschutzes zugrunde liegen und dass davon ausgegangen wird, dass es eine kantonale Steuerung braucht und dass private Quellenbesitzer diese Steuerung stören. Die SVP lehnt eine Erschliessungspflicht ab, da diese einen Eingriff in das Privateigentum darstellen würde und da der

Anschlussgrad ausreichend ist. Auch die Reduktion der Anzahl Trägerschaften wird abgelehnt, da es unnötig ist, neu zu regeln, was gut funktioniert. Die SVP befürwortet, dass auf alle Konzessionsgesuche für Wasserkraftwerke eingetreten wird. Eine Lockerung der Einschränkungen bei den Konzessionen wäre notwendig.

Musikschulgesetz (07.06.2010)

Die SVP ist der Ansicht, dass sich die heutige Regelung und Praxis bewährt haben und kein grundlegender Handlungsbedarf besteht. Eine Ausdehnung des Tätigkeitsfelds der Musikschulen, zusätzliche Kosten und neue Pflichten für die Gemeinden werden ausdrücklich abgelehnt. An der Grundidee der Musikschulen und deren Unterstützung als kulturfördernde Massnahme ist festzuhalten. Die SVP schlägt eine Präzisierung des Gegenstandsartikels vor, die deutlich macht, dass der Musikschulunterricht nur für Kinder und junge Erwachsene während ihrer Schul- und Erstausbildungszeit gefördert wird. Abgelehnt wird die Ausweitung der Ziele auf die Bildung einer ganzheitlichen Persönlichkeit und die Förderung der engeren Zusammenarbeit zwischen der Volksschule und den Musikschulen. Ebenfalls abgelehnt wird eine Verpflichtung der Gemeinden zur Zusammenarbeit via Leistungsvertrag. Verlangt wird eine Reduktion der Kantonsbeiträge an die Musikschulen auf 20%.

Gesetz über die Integration der ausländischen Bevölkerung (25.07.2010)

Die SVP ist darüber befremdet, dass die Federführung bei diesem Gesetz nicht bei der Polizei- und Militärdirektion, sondern bei der Gesundheits- und Fürsorgedirektion liegt, obgleich das zugrundeliegende Bundesgesetz das Ausländergesetz ist und der Bund somit die Integrationsthematik als Teil der Migrations- und nicht der Sozialpolitik sieht. Auch wird kritisiert, dass die GEF mit einem Prospekt Werbung für das neue Gesetz macht. Der Gesetzesentwurf wird abgelehnt, da er den Grundsatz „Fördern und Fordern“ ad absurdum führt und einseitig zugunsten der ausländischen Bevölkerung auslegt. Die Übertragung neuer Verpflichtungen an die Gemeinden durch das neue IntG wird abgelehnt. Es bestehen genügend Regelungen für das Zusammenleben und die staatlichen Institutionen sind für das Thema Integration mehr als ausreichend sensibilisiert. Ein neues Gesetz wird deshalb als überflüssig erachtet. Für den Fall, dass am Gesetz festgehalten wird, schlägt die SVP in diversen Artikeln Änderungen vor, um die Einseitigkeit zugunsten der ausländischen Bevölkerung zu minimieren und um zusätzliche Angebote, Verpflichtungen und bürokratische Apparate zu verhindern.

Revision des Gesetzes über die bernischen Landeskirchen (16.08.2010)

Die SVP teilt die Ansicht des Regierungsrats, dass betreffend Besetzung von Pfarrstellen Handlungsbedarf besteht. Sie bedauert die Relativierung, die das Amt des Pfarrers im Zuge des gesellschaftlichen Wandels offenbar genommen hat. Anstelle der Berufung scheint in der Selbstwahrnehmung mancher Pfarrpersonen ein blosser Beruf zu treten. Die SVP kann die vorgeschlagene

nen Änderungen akzeptieren, wenn durch diese die Besetzung offener Pfarrstellen erleichtert wird.

Änderung des Lotteriegesetzes (13.10.2010)

Die SVP stimmt den vorgeschlagenen Änderungen grundsätzlich zu. Ebenfalls ist sie im Sinne einer Sanierungsmassnahme einverstanden mit dem einmaligen Zusatzbeitrag aus dem Lotteriefonds in den Sportfonds. Auch erachtet sie die Erhöhung der jährlichen Maximalspeisung aus dem Lotteriefonds in den Sportfonds als eine geeignete Massnahme. Allerdings braucht es weitere Massnahmen. Die SVP schlägt die Erarbeitung eines Sportanlagenkonzepts vor.

Änderung der Kantonsverfassung und des Gemeindegesetzes (13.11.2010)

Die SVP ist der Auffassung, dass es keine weitergehenden Massnahmen zur Förderung von Gemeindefusionen braucht, da das Gemeindefusionsgesetz Wirkung entfaltet, indem es Anreize zu Fusionen setzt, ohne Zwänge zu schaffen. Bekräftigt wird, dass Fusionen nicht erzwungen werden dürfen. Das Ziel des Regierungsrats, die Anzahl der Gemeinden um einen Viertel zu reduzieren, wird als willkürlich bezeichnet. Die Vergrösserung von Gemeinden aufgrund von Fusionen führt nicht a priori zu einer Kostenersparnis oder besseren Leistungen. Die SVP äussert die Auffassung, dass der Kanton die Gemeinden primär von immer neuen Auflagen befreien statt zu Fusionen bewegen sollte. Die Verfassungs- und Gesetzesänderungen sind deshalb unnötig. Die SVP verlangt die Streichung eines neuen Artikels, der die Förderung von Gemeindefusionen auf Verfassungsstufe als Ziel verankern sollte. Weitere Artikel sollen ebenfalls gestrichen werden.

Gesetz über freiheitsbeschränkende Massnahmen im Jugendstraf- und -massnahmenvollzug und in der stationären Jugendhilfe (29.11.2010)

Die SVP anerkennt die Notwendigkeit einer neuen Gesetzgebung betreffend freiheitsbeschränkender Massnahmen im Jugendstraf- und -massnahmenvollzug und in der stationären Jugendhilfe. Die gut verständliche Formulierung wird begrüsst, denn so sind die Normen auch für die Praktiker ohne juristische Kenntnisse nachvollziehbar. Es wird die Rechtsgrundlage für Disziplinar- und Sicherungsmassnahmen sowie Zwangsanwendung geschaffen und das Gesetz dient dem Schutz der Grundrechte der eingewiesenen Jugendlichen. Das Gesetz wird als taugliches Instrument erachtet, um die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zu gewährleisten. Die SVP erachtet eine namentliche Auflistung der Institutionen im Gesetz, welchen die Anwendung von Zwangsmassnahmen gestattet ist, als nicht sinnvoll und schlägt deshalb die Nennung der Institutionen in einer Verordnung vor.

Richtplananpassung 2010 (13.12.2010)

Die SVP anerkennt die Notwendigkeit einer Anpassung des kantonalen Richtplans, allerdings nur dort, wo sie dem Ziel des Richtplans, der optimalen

Nutzung des Bodens, auch dienen. Am wichtigsten dazu wäre die Bereini-
gung der für den Kanton gültigen FFF zwischen ARE und Kanton Bern. Auf
Massnahmen, die aus ideologischen Gründen ins Auge gefasst werden, wie
Road Pricing, ist zu verzichten. Mit Befremden reagiert die SVP darauf, dass
die realitätsferne Ideologie der 2000-Watt-Gesellschaft Eingang in die Strategie
gefunden hat. Weiter wird dem Massnahmenblatt „zur Förderung von
Windenergie“ und weiteren Massnahmen mit Skepsis begegnet.

III. Tätigkeitsberichte

Parteiorgane

Geschäftsleitung

Der Geschäftsleitung obliegen gemäss Statuten die Aufgaben unter der Überschrift IV, Punkt 3, Art 25. Die Geschäftsleitung tagte 2010 8 Mal.

Parteivorstand

Dem Parteivorstand fallen die Aufgaben gemäss Statuten, Überschrift IV, Punkt 2, Art 23, zu. 2010 tagte der Parteivorstand 6 Mal. Nebst den Standardtraktanden Protokoll und Mitteilungen/Aktuelles sowie den anschliessend der Delegiertenversammlung vorgelegten Geschäften wurden vom Parteivorstand im Jahr 2010 folgende Geschäfte behandelt:

- Beschlussfassung zur Bekämpfung des Energiegesetzes
- Wiederwahl Stiftungsrat Hilfsfonds
- Vorbereitung NR- und SR-Wahlen
- Gesamterneuerungswahlen Gremien und Revisoren
- Vorbereitung für die eidgenössischen Wahlen 2010
- Wahlanalyse Gross- und Regierungsratswahlen 2010
- Vorbereitung der eidg. Wahlen 2011
- Finanzplanung SVP Kanton Bern
- Parteiprogramm SVP Schweiz – Anträge zu Händen von ZV/DV
- Abstimmungskomitee „Volksvorschlag Motorfahrzeugsteuern“ – Vorgehen SVP

Delegiertenversammlungen

Delegiertenversammlung Weisses Kreuz, Lyss

21. Januar

- Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 7. März 2010
 - Bundesbeschluss zu einem Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen
 - Volksinitiative „Gegen Tierquälerei und für einen besseren Rechtsschutz der Tieren (Tierschutzanwalt-Initiative)“
 - Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG; Mindestumwandlungssatz)
- Gross- und Regierungsratswahlen 2010
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Delegiertenversammlung Restaurant Kreuz, Belp

15. April

- Die zukünftige Politik der Berner SVP
 - Grundsatzreferat von Kantonalpräsident Rudolf Joder, Nationalrat, Belp
- Beschlussfassung zur Bekämpfung des Energiegesetzes
- Rechnung 2009
- Budget 2010
- Jahresbericht 2009
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Delegiertenversammlung Lötschbergzentrum, Spiez

11. August

- Begrüssung und Eröffnung
- Gesamterneuerungswahlen Gremien und Revisoren
- Vorbereitung für die eidgenössischen Wahlen 2011
- Eidg. Abstimmungsvorlagen vom 26. September 2010
 - Bundesgesetz über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Insolvenzenschädigung (Arbeitslosenversicherungsgesetz, AVIG)
- Kantonale Abstimmungsvorlage
 - Kantonale Volksinitiative «zäme läbe – zäme schtimme» (Ausländerstimmrecht)
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Delegiertenversammlung Saalbau, Kirchberg

13. Oktober

- Begrüssung und Eröffnung
- Nominationen für die eidgenössischen Wahlen 2011
 - a. Nomination des Ständeratskandidaten
 - b. Nomination der Nationalratskandidatinnen und Nationalratskandidaten
- Eidg. Abstimmungsvorlage vom 28. November 2010
 - Volksinitiative „für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative)“
 - Bundesbeschluss über die Aus- und Wegweisung krimineller Ausländerinnen und Ausländer im Rahmen der Bundesverfassung (Direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «für die Ausschaffung krimineller Ausländer» (Ausschaffungsinitiative))
 - Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für faire Steuern. Stopp dem Missbrauch beim Steuerwettbewerb (Steuergerechtigkeits-Initiative)»
- Verschiedenes / Anträge der Amtsverbände und Sektionen

Fachkommissionen

Bau, Verkehr und Energie (BVE)

Die Mitglieder der Fachkommission haben sich mit verschiedenen Themen auseinander gesetzt und sich in den Debatten im Grossen Rat auch entsprechend und pointiert geäussert.

Ein grosses Ärgernis ist der Bericht zum Umbau der Berner Frauenklinik, wo sich die politisch Verantwortlichen, nach einem sicher sehr kostspieligen Untersuchungsbericht, die Hände in Unschuld waschen.

Entsprechend haben wir uns während der Debatte gemeldet und haben uns somit auch den Ärger der Baudirektorin eingehandelt. Das gehört zur politischen Arbeit und wir versuchen, unseren Auftrag, welchen wir von unseren Stimmbürgern bekommen haben, weiterhin nach bestem Wissen und Gewissen wahr zu nehmen.

Die Energiepolitik, insbesondere die Kernenergie, ist nicht nur in den Medien ein ständiges Thema. Auch der Grosse Rat darf sich regelmässig mit diesem wichtigen Thema auseinander setzen. Dabei kommt auch immer wieder das Kernkraftwerk Mühleberg zur Sprache. Fritz Freiburghaus hat sich mit diesem Themenbereich intensiv auseinander gesetzt und sich auch lautstark in der Grossratsdebatte geäussert.

Wie Mann und Frau in den täglichen Medien lesen konnte, haben wir uns auch mit der Thematik Motorfahrzeugsteuern beschäftigt und sind in der Endabstimmung im Grossen Rat leider unterlegen. Die kürzlich durchgeführte Volksabstimmung hat gezeigt, dass eine zwar kleine, aber immerhin eine Mehrheit es satt hat, ständig bei den Kantonsvergleichen betreffend Steuerbelastung im hinteren Drittel oder sogar am Schwanz der Rangliste zu sein.

Umso mehr ärgert sich die Fachkommission BVE über die Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil der Einnahmen aus den Motorfahrzeugsteuern vom Regierungsrat zweckentfremdet und nicht zur Förderung des IV (Individualverkehr) eingesetzt wird.

Die Strompreise haben uns beschäftigt und wir ärgern uns, dass im Kanton Bern offenbar sehr unterschiedliche Strompreise existieren.

Ein Vergleich zwischen den einzelnen Gemeinden, Regionen und auch zwischen den Kantonen soll erarbeitet werden.

Es ist frustrierend, von gewissen politischen Gruppierungen zur Kenntnis zu nehmen, dass wir weg wollen von der Kernenergie, während andere Bürger der genau gleichen politischen Gruppierungen mit allen Mitteln dazu beitragen, dass die KWO gewisse Bauprojekte, zum Beispiel die Erhöhung der Grimsel-Staumauer, nicht realisieren kann.

Es gibt noch viel zu tun und die BVE-Fachkommission der SVP-Grossratsfraktion wird dran bleiben.

Carlo Kilchherr, Grossrat, Thun

Erziehung (ERZ)

Normalerweise trifft sich unsere Bildungskommission vor der Session, um die Bildungsvorstösse für die Session vorzubereiten.

Im Jahr 2010 hatten wir weniger Vorstösse zu behandeln. Trotzdem werden im Bildungswesen vom Kanton Bern sehr viele, zu viele aus der Sicht der SVP, Veränderungen eingeführt. Wir wünschten uns eine gewisse Ruhe im Bildungssektor. Themen wie z.B. das Universitätsgesetz, Lehrplan, Lehrlingsbildungsprämien oder der Lehrermangel wurden im Jahr 2010 im Rat behandelt. Auch das Programm Bildung und Kultur hat uns beschäftigt und wird in der März-Session nochmals behandelt.

Die anstehenden Bildungsprobleme aus Sicht der SVP wurden in dieser Kommission diskutiert. Die Vernehmlassung des Volksschulgesetzes, die Schliessung der ländlichen Schulen, die Einführung der Basisstufe und der

Trend zur Reformitis im Bildungswesen sind einige Themen, die uns beschäftigten.

In der Junisession konnten wir mit Freude interessierte neue Grossräte und Grossrätinnen in unserer Bildungskommission begrüessen. In unserer Kommission arbeiten jetzt: Brand Peter, Geissbühler Sabina, Küng Bethli, Wälchli Käthi (alle bisherige) und neu Augstburger Ueli, Bärtschi Alfred, Guggisberg Lars, Pieren Nadja.

Herzlichen Dank an alle Kommissionsmitglieder, die sich für unsere Bildung eingesetzt haben. Dem neuen Präsidenten, Lars Guggisberg, wünsche ich viel Erfolg für die anstehenden Probleme.

Béatrice Struchen, Grossrätin, Epsach

Finanzen und Verwaltung (FIN)

Im Jahre 2010 tagte die Kommission an drei ordentlichen Sitzungen jeweils vor der Session. Vor zwei Sessionen fand keine Sitzung statt mangels aktueller Traktanden. Nebst der Behandlung der finanzrelevanten Vorstösse der einzelnen Sessionen behandelte die Kommission folgende Schwerpunkte:

Revision Steuergesetz: In der Märzsession fand die 2. Lesung statt. Ein Antrag auf Abschaffung der Pauschalsteuern wurde knapp abgelehnt. Linke Kreise haben nun eine Initiative gestartet. Bei den Steuersätzen konnte nur eine minimale Senkung realisiert werden. Im interkantonalen Vergleich rutscht Bern trotzdem weiter nach hinten, da in anderen Kantonen die Steuern deutlich mehr gesenkt werden.

Motorfahrzeugsteuern: Die SVP hat bei der Beratung im Grossen Rat als einzige Partei für den Volksvorschlag und damit für eine deutliche Senkung dieser Steuern auf das schweizerische Mittel gestimmt. Die anderen bürgerlichen Parteien halfen nicht. Das Resultat vom 13. Februar gibt uns Recht.

Weitere Öffnung des Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen: Infolge des guten Rechnungsabschlusses 2009 wurde dieser Fonds um weitere Fr. 100 Millionen geöfnet. Die SVP wehrte sich wie bereits bei der Schaffung dieses Fonds dagegen, leider vergeblich, da auch hier die anderen bürgerlichen Parteien nicht mithalfen.

Motion Ausgaben hinterfragen / Aufgabendialog wieder aufnehmen: In der Septembersession konnte die SVP ein wichtiges Zeichen setzen. Eine von ihr eingereichte Motion an den Regierungsrat, den Aufgabendialog wieder aufzunehmen und Vorschläge zu unterbreiten, bei welchen Direktionen der Aufwand um 10% oder mehr reduziert werden kann, wurde angenommen und überwiesen. Diese Motion wurde im Vorfeld zur Beratung des Voran-

schlages in der Novembersession und im Hinblick auf die künftige Finanzlage des Kantons eingereicht. Vorreiter diesbezüglich ist der Kanton Zürich, der im Hinblick auf weniger stark wachsende Einnahmen auch direktionsübergreifend lineare Kürzungen beschlossen hat. Primär geht es darum, das unsäglich hohe Ausgabenwachstum zu bremsen. Wir sind gespannt, ob und wie der Regierungsrat diese Motion umsetzt.

Voranschlag/Finanzplan: Der Voranschlag 2011 wies noch ein positives Ergebnis auf, im Finanzplan 2012 bis 2014 sind rote Zahlen und ein Schuldenwachstum budgetiert. Vor allem auf der Ausgabenseite wird der Kanton mit zusätzlichen Ausgaben konfrontiert (z.B. Neuregelung Spital- und Pflegefinanzierung). Zudem steigen die Steuereinnahmen infolge der Finanzkrise nicht wie in den letzten Jahren einfach weiter an. Die Zahlen werden jedoch von der SVP als Schwarzmalerei betrachtet. So oder so muss der Kanton alles daran setzen, auf der Aufwandseite die Schraube anzuziehen. Die SVP hat mit einer Motion im Rahmen dieser Debatte verlangt, für das Jahr 2011 kurzfristig noch Fr. 60 Millionen einzusparen. Diese Motion wurde mangels Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Demgegenüber sah der Regierungsrat jedoch unverständlicherweise Spielraum, um dem Personal ab 2011 mehr Lohn zu gewähren ...

Revision FILAG: Im Rahmen der FILAG-Debatte stellte die SVP den Antrag, beim Bonus-Malus-System für eine effizientere Verwendung der Sozialdienstauswendungen die Grenze bei 20 % anstatt bei 30 % zu setzen. Dies hätte den Druck auf die Sozialdienste erhöht, möglichst wirtschaftlich mit dem Geld umzugehen. Einmal mehr halfen die anderen bürgerlichen Parteien nicht und der Grenzwert blieb bei 30 %.

Andreas Blank, Grossrat, Aarberg

Gesundheit und Fürsorge (GEF)

Das Jahr der GEF-Kommission stand ganz im Zeichen der Versorgungsplanung des Kantons. Anlässlich einer ersten Sitzung im Juni haben sich die Mitglieder mit dem Vorstosspaket der SVP zum Gesundheitswesen – im Besonderen zur Versorgungsplanung – befasst. Es wurde versucht, dem Gesundheitsdirektor das Heft zu entziehen und eine Task Force für die Versorgungsplanung einzusetzen.

Im Dezember folgte dann der umfassende Bericht der GEF zur Versorgungsplanung 2011-2014. Die Kommission hat sich eingehend damit befasst und sieht sich in ihren Befürchtungen bestätigt. Die schlimmsten Sünden und Unterlassungen:

- Der zuständige Regierungsrat lässt Monate, sogar Jahre untätig verstreifen

chen und schickt dann eine Versorgungsplanung in die Vernehmlassung, welche nicht einmal eine Spitalliste enthält.

- Das dazugehörige Spitalversorgungsgesetz soll zwei Jahre zu spät, auf das Jahr 2014 folgen.

- Restrukturierungen im Rehabilitationsbereich sind ungenügend und nicht nachvollziehbar

- Dem Personalmangel in gewissen Bereichen soll mit Zwang anstatt mit Anreiz begegnet werden. Die Kommission hat zu Händen des Vorstands eine umfassende Stellungnahme verabschiedet und wird die weitere Umsetzung kritisch begleiten.

Donat Schneider, Grossrat, Diessbach

Justiz, Gemeinden und Kirchen (JGK)

Das vergangene Jahr wurde in der JGK von der Umsetzung der Verwaltungsreform geprägt. Mit dem neuen Gemeindegesetz befasste sich der Grosse Rat schon in der ersten Session. Das Hauptthema bildeten die amtlichen Publikationsmittel. Es ist wohl unbestritten, dass die Amtsanzeiger in unserem Kanton eine sehr wichtige Aufgabe erfüllten. Sie sind die amtlichen Publikationsorgane der Gemeinden. Darum fällt die Herausgabe der Anzeiger in deren Aufgabenbereich. Natürlich tat das nicht jede Gemeinde im Alleingang, sondern sie schlossen sich dafür in einer Organisation des alten Amtsbezirkes zusammen. Auf den 1. Januar dieses Jahres trat nun aber die Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung in Kraft. Die 26 Amtsbezirke wurden durch 5 Verwaltungsregionen und 10 Verwaltungskreise abgelöst. Das wirkt sich natürlich auch auf die Amtsanzeiger aus. Schon diese Bezeichnung ist nicht mehr korrekt, weil es keine Amtsbezirke mehr gibt. Aus dem gleichen Grund ist die Regelung zu korrigieren, wonach pro Amtsbezirk ein Amtsanzeiger anerkannt wird. Der Regierungsrat beantragte eine Lockerung der anzeigerrechtlichen Vorgaben und eine weitgehende Deregulierung im Bereich der amtlichen Anzeiger. Mit anderen Worten: Nebst den amtlichen Bekanntmachungen und den Inseraten sollen die amtlichen Anzeiger künftig auch Texte publizieren dürfen. Wie und in welcher Form, das wurde im Grossen Rat in zwei Lesungen in der Januar- sowie in der Junisession sehr eingehend diskutiert. Neu im Gemeindegesetz verankert wurde auch auf Antrag der SVP, dass der Kanton Bern inskünftig seine Publikationen in den amtlichen Anzeigern selber zu bezahlen hat. Bis anhin wurden diese durch die Trägerschaften der amtlichen Anzeiger finanziert, während andererseits sämtliche Publikationen der Gemeinden im Amtsblatt des Kantons Bern Gebührenpflichtig waren.

Für die Umsetzung der Justizreform brauchte es eine neue Gerichtsbarkeit im Kanton Bern. Für diese Neuwahlen beschäftigte sich eine Sonderwahl-

kommission des Grossen Rates. Die daraus resultierenden Wahlvorschläge dieser Sonderkommission wurden an den SVP-Fraktionssitzungen diskutiert und bei den Wahlen mehrheitlich umgesetzt.

Mit Blick auf die Behördenorganisation schreibt das Bundesrecht vor, dass die neuen erstinstanzlichen Erwachsenen- und Kinderschutzbehörden künftig eine aus drei Mitgliedern interdisziplinär zusammengesetzte Fachbehörde sein muss. Dass der politisch gewählte Gemeinderat zugleich Vormundschaftsbehörde ist, wie das heute im Kanton Bern noch häufig der Fall ist, ist nach neuem Recht nicht mehr zulässig. Neu sollen die Mitglieder der Fachbehörden aufgrund ihres Fachwissens, das sie sich durch Ausbildung, Praxis oder Weiterbildung angeeignet haben, bestimmt werden. Vor diesem Hintergrund wurde sowohl ein kantonales als auch ein kommunales Modell einer künftigen Fachbehörde ausgearbeitet.

Die beiden Modelle sind mittels Eckwerten in ihren Grundzügen und hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen soweit konkretisiert worden, dass ein Grundsatzentscheid, auf welcher Ebene die künftigen Fachbehörden anzusiedeln sind, ermöglicht werden soll. Die wichtigste Änderung ist, dass nicht mehr eine politisch gewählte Behörde in Vormundschaftssachen entscheiden kann, respektive entscheiden darf. Weil dies künftig eine interdisziplinär zusammengesetzte Fachbehörde sein muss, die während 24 Stunden einsatzfähig ist, gilt es, von vertrauten Abläufen Abschied zu nehmen. Die grosse Streitfrage auch in der SVP-Fraktion war, wie zentral oder dezentral die neue Fachbehörde organisiert sein soll und wer sie wählen soll.

In der Novembersession war der Raumplanungsbericht dasjenige Geschäft, das die JGK-Fachkommission am meisten beschäftigte. Alle vier Jahre erstattet der Regierungsrat dem Grossen Rat Bericht über den Stand der Raumplanung. Dieser Raumplanungsbericht bezeichnet die grössten Herausforderungen und zeigt möglichst konkret auf, wie darauf reagiert werden soll. Die zukünftige Raumgestaltung im Kanton Bern wird eines der zentralen Themen der Zukunft werden. Wie viel Wachstum verträgt unser Kanton noch? Diese Frage kann zum Bevölkerungswachstum, zum Wachstum der bebauten Fläche, sowie zur ganzen Infrastruktur, die unsere Bedürfnisse benötigen, gestellt werden. Der Schutz der Fruchtfolgeflechte ist ein zentrales Anliegen der SVP-Grossratsfraktion. Es gilt in Zukunft bei der Wirtschaftsentwicklung, beim Wohnungsbau und bei den Fruchtfolgeflechten nach Lösungen zu suchen, die von Seite Wirtschaft, wie auch von Seite Landwirtschaft akzeptiert und gemeinsam getragen werden können.

Nebst der Gesetzesanpassung zur laufenden Verwaltungsreform und der Nachkreditgenehmigung von abtretenden Regierungsstatthaltern gab es noch viele Motionen und Interpellationen in der Zuständigkeit der JGK zu diskutieren.

Auch im Berichtsjahr 2010 engagierten sich viele Mitglieder der SVP-Fachkommission JGK in diversen vorberatenden Kommissionen und setzten sich für eine bürgerliche Politik im Sinne der SVP ein.

Fritz Ruchti, Grossrat, Seewil

Polizei und Militär (POM)

In der neuen Zusammensetzung wurde als Vizepräsident der Fachkommission Thomas Fuchs gewählt. Nachdem es im letzten Jahr eher darum ging, die verschiedenen Kompetenzen optimal zu nutzen und auf einzelne Grossratsgeschäfte einzugehen, konnten wir in diesem Jahr zu mehr Geschäften Stellung nehmen. So nahmen wir zum Beispiel zum „Sportfonds“ Stellung und diskutierten eingehend über die „Raumkostenverteilung“. Die Grossräte wurden durch Spezialisten der Polizei, der Gebäudeversicherung und der Verwaltung beraten.

Zudem konnten die Prozessabläufe geklärt werden, so dass wir im 2011 ‚durchstarten‘ können und zu noch mehr Geschäften Stellung nehmen können.

Die Kommission umfasst folgende Fraktionsmitglieder: Christian Hadorn (Präsident), Thomas Fuchs (Vizepräsident), Sabina Geissbühler, Alfred Gerber, Samuel Graber, Willy Marti, Hans Rösti, Hans Schmid und Jürg Schürch. Als ‚Beiräte‘ wirken: Fabian Bader (Militär), Hans-Ulrich Born (Militär), Stefan Krebs (Polizei), Peter Frick und Hans Ulrich Grossniklaus (GVB).

Christian Hadorn, Präsident, Grossrat, Ochlenberg

Volkswirtschaft (VOL)

Nach den erfreulichen Grossratswahlen im März 2010 erhielten wir in unserer Fachkommission mit sechs neuen Mitgliedern eine willkommene Verstärkung, und zwar mit:

Donat Schneider, Pierre-André Geiser, Werner Moser, Moritz Müller, Martin Schlup und Fritz Wyss.

Die Sessionsgeschäfte behandelten wir in der überparteilichen Gruppe Landwirtschaft.

Wichtige Themen und Vorstösse waren:

- Standesinitiative zum Erhalt des Nationalgestütes in Avenches
- Standesinitiative für den Verzicht auf ein Freihandelsabkommen

- Motion: Unbehandeltes und trockenes Holz gehört in die Holzheizung
- Erhöhung des Taggeldanspruches für alle Arbeitslosen aus dem Berner Jura und aus Biel. usw.

Während der Budgetdebatte in der Novembersession unterstützten wir einen Kürzungsantrag von 1 Million Franken bei der zum Teil schikanös durchgeführten Lebensmittelkontrolle, die unter der Direktion der Gesundheits- und Fürsorgedirektion GEF läuft. Damit sollen Nahrungsmittel-, Gastronomie- und Landwirtschaftsbetriebe von zum Teil unnötigen und kostentreibenden Kontrollen entlastet werden.

Da ich per 1. Januar 2011 als Gemeinderätin gewählt wurde und das Ressort Soziales betreue, wechsle ich in die Fachkommission GEF. Das Präsidium der Volkswirtschaftskommission konnte ich per 1. Januar 2011 an Martin Schlup weitergeben. An dieser Stelle danke ich allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.

Elisabeth Schwarz-Sommer, Grossrätin, Steffisburg

SVP Frauen Kanton Bern

Mit einem Besuch im Tropenhaus Frutigen starteten die SVP Frauen in ein energiereiches Jahr. Die interessante Führung Ende Januar vermittelte uns einen Einblick in den grössten interaktiven Energiepark der Schweiz und brachte uns das Tropenhaus näher. Zahlreiche Frauen und Männer liessen sich im Anschluss im Restaurant verwöhnen.

Das Thema Energie wurde im September mit einem Informationsanlass in Belp zum Thema „Versorgungssicherheit“ weitergeführt.

Grossratswahlen

Mit 48 kompetenten und engagierten Kandidatinnen aus allen Wahlkreisen sind die SVP Frauen in den Wahlkampf gestiegen. Am Wahlsonntag durften wir 6 Grossrätinnen zur Wahl gratulieren, fünf davon wurden wiedergewählt. Um in Zukunft den Frauenanteil erhöhen zu können, haben wir die Kandidatinnen gebeten uns z.H. nachfolgender Kandidaturen Rückmeldungen zu ihren Erfahrungen im Wahlkampf zu machen. Bei einem gemeinsamen Umtrunk wurden mögliche Schlussfolgerungen diskutiert. Aus den vielen Ideen und Anregungen, die uns zurückgemeldet wurden, werden erste Massnahmen bereits zur Unterstützung unserer Nationalratskandidatinnen umgesetzt.

Frühschoppen

Ende Oktober fand zum zweiten Mal der SVP Frühschoppen im Kornhauskeller in Bern statt. Zusammen mit den SVP Senioren und der jungen SVP ist es gelungen einen interessanten Anlass zu organisieren, der den Zusammenhalt innerhalb der SVP Familie fördert.

Vorstand

Leider haben uns einige Vorstandsfrauen nach langjähriger Tätigkeit verlassen. An dieser Stelle möchte ich Annegreth Hebeisen, Margaretha Leuenberger (Vizepräsidentin) und Christine Röthlisberger ganz herzlich für Ihr Engagement danken und Ihnen für die Zukunft alles Gute wünschen.

Auch den verbleibenden Vorstandfrauen gebührt ein grosses MERCI für ihr engagiertes Mitdenken und Anpacken!

Jolanda Brunner, Präsidentin, Gemeinderätin, Spiez

JSVP Kanton Bern

Die Junge SVP Kanton Bern übernimmt Verantwortung – in allen Bereichen!

Im Januar 2010 wurde mit dem Blocher-Grossanlass in Interlaken das Jahr 2010 bereits sehr erfolgreich von der Jungen SVP begonnen. Dies bildete jedoch nur den Auftakt zu einer ganzen Reihe von attraktiven Anlässen, welche wir veranstalteten. Besonders erwähnenswert sind hierbei unser jährlicher Grillabend in Bümpliz, der Parlamentarierclub und der Sponsorenlauf sowie das JSVP Feldschiessen, welches zum zweiten Mal nach 2009 stattfand. Zahlreiche weitere Anlässe sorgten dafür, dass die Junge SVP ein attraktives und abwechslungsreiches Jahresprogramm durchführte, welches insgesamt sehr gut von den Mitgliedern und Sympathisanten besucht wurde.

Das Jahr 2010 stand jedoch ganz im Zeichen der Grossratswahlen sowie weiterer kommunaler Wahlen. Überall konnte die Junge SVP nicht nur im Wahlkampf stark und aktiv auftreten, sondern war auch erfolgreich. Bei den Grossratswahlen im März traten in jedem Wahlkreis im Kanton Bern einer oder mehrere Vertreter der Jungen SVP an. In Thun hatte die Junge SVP sogar eine eigene Liste. Mit Plakaten und eigenen Flyern machte die Junge SVP kräftig Wahlkampf. Besonders erfreulich war, dass die Kandidaten von der Parteileitung auch mit einem finanziellen Beitrag unterstützt werden konnten. Am Ende gelang es Nadja Pieren im Wahlkreis Burgdorf sowie Erich Hess, Wahlkreis Stadt Bern, in den Grossen Rat einzuziehen. Mit Patrick Freudiger stellt die Junge SVP auch noch den ersten Ersatzkandidaten für den Wahlkreis Oberaargau. Auch unser Ehrenpräsident Thomas Fuchs wurde als Grossrat für eine weitere Legislaturperiode bestätigt.

In der zweiten Jahreshälfte wurde in Thun gewählt. Lukas Lanzrein führte für die Junge SVP einen engagierten Wahlkampf und wurde erfolgreich Mitglied des Stadtrats. Zudem kandidierten Beat Michel und David Herzig jeweils für den Gemeinderat und vertreten nun die Jungen SVP auch auf exekutiver Ebene. Mit David Herzig stellt die Junge SVP zusätzlich den jüngsten Gemeindepräsidenten im Kanton Bern. Dies zeigt, dass es auch für uns Junge möglich ist, in verantwortungsvolle Ämter gewählt zu werden. Allen Gewählten wünscht die Junge SVP eine erfüllte und spannende politische Tätigkeit.

Doch auch die tägliche politische Arbeit sowie der Abstimmungskampf wurden 2010 nicht vergessen, im Gegenteil. Viele Mitglieder engagierten sich aktiv bei Standaktionen, Podiumsdiskussionen und anderen Anlässen und die 2009 eingeführte Regionalstruktur mit Regionalpräsidenten funktionierte auch im Jahr 2010 äusserst erfolgreich. Zudem konnte die Zahl der Mitglieder weiter gesteigert werden. Dies ist sicher auch ein Verdienst der hohen

Präsenz der Jungen SVP und ihrer Mitglieder bei Wahlen, Abstimmungen sowie in den Medien.

Ein besonderes Anliegen war die Abstimmung über die Einführung des Ausländerstimmrechts Ende des Jahres. Mit einem eigenen Nein-Komitee zog die Junge SVP Kanton Bern in den Abstimmungskampf und konnte viele Mitglieder in diesem Komitee begrüßen. Dank Plakataktionen, Diskussionen und anderer Anlässe erreichte die Junge SVP ihr Ziel: Das Ausländerstimmrecht wurde im Kanton Bern vom Stimmvolk deutlich abgelehnt.

Erich J. Hess, Präsident, Stadtrat, Bern
www.jsvpbern.ch

SVP Senioren Kanton Bern

Die Zahl der Mitglieder hat sich erfreulicherweise von 116 auf 128 und diejenige der Sympathisanten von 48 auf 93 erhöht.

Die üblichen Abgänge infolge Tod und hohen Alters konnten durch Neueintritte gut kompensiert werden.

Soweit erkennbar, waren in der Berichtsperiode keine Austritte wegen der Parteienspaltung mehr zu verzeichnen.

Wir danken allen Bisherigen für ihre Treue und heissen alle neuen Mitglieder und Sympathisanten willkommen.

Die Hauptversammlung vom 9. Februar 2010 hat den Mitgliederbeitrag unverändert bei Fr. 20.00 für Einzelpersonen und Fr. 30.00 für Ehepaare belassen. Im Anschluss an die Hauptversammlung referierte unser NR Andreas Aebi zur bevorstehenden Volksabstimmung über den BVG-Mindestumwandlungssatz.

Im Vorfeld der bernischen Regierungs- und Grossratswahlen haben wir uns durch Inserateaktionen und Aufschaltungen auf unserer Homepage im Internet intensiv für die Kandidaten eingesetzt, welche bei uns Mitglieder oder Sympathisanten sind. Von den 47 Grossratskandidatinnen und Grossratskandidaten, welche wir auf unserer Homepage unterstützt haben sind 17, ausmachend 36% gewählt worden. Herzliche Gratulation.

Am Mittwoch, 23. Juni 2010 haben wir in Huttwil eine Betriebsbesichtigung bei der Biketec AG mit Probefahrten und anschliessendem Zvieri durchgeführt.

Wir führen eine Liste von Leserbriefschreibern, welche von sich aus oder auf Wunsch des kantonalen Parteisekretariates jeweils Leserbriefe zu aktuellen Themen einreichen.

Sozialpolitisch waren leider im vergangenen Jahr keine Fortschritte zu verzeichnen. Trotz unserem Einsatz konnten zur Sicherung der Finanzierung unserer Sozialwerke keine Fortschritte verzeichnet werden.

Für die Senioren positiv waren Gesetzesänderungen für die berufliche Vorsorge, welche die Rahmenbedingungen für erwerbstätige Senioren bis zum 70. Altersjahr verbessern.

Ein Höhepunkt war auch im abgelaufenen Jahr der zweite SVP-Frühshoppen von Sonntag, 31. Oktober 2010 mit unserem alt Bundesrat und Ehrenmitglied Adolf Ogi, mit NR Bruno Zuppiger, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes und der Brass Band ÄsBeBe mit der Erstaufführung eines "OGI-FOX", komponiert von Kurt Dürig. Die Teilnehmerzahl war gegenüber dem ersten SVP-Frühshoppen im Vorjahr erheblich höher. Wir möchten diesen Anlass zur Berner SVP-Tradition werden lassen und werden den nächsten SVP-Frühshoppen am Sonntag, 30. Oktober 2011 wieder durchführen mit kompetenten Referenten zur Analyse der eidgenössischen Wahlen und Vorschau auf die Bundesratswahlen.

In den Sitzungen des Vorstandes und der Konferenz der SVP Senioren Schweiz haben wir aktuelle Seniorenthemen bearbeitet.

Die Besuche auf unserer Homepage unter www.svp-bern.ch haben sich erfreulicherweise weiterentwickelt. Die Homepage wird auch für künftige Wahlen gute Dienste leisten.

Rudolf Graf, Präsident, Aarwangen

Wahlkreise

Bern-Mittelland

Das Jahr nach dem Umbruch

Der Vorstand des Landesteils Bern-Mittelland setzt sich zu Beginn des Jahres wie folgt zusammen:

Bernasconi Peter (GR, Präsident), Freiburghaus Fritz (GR, Vizepräsident), Geiser Marlène (SVP Frauen Kanton Bern), Geissbühler Andrea (Nationalrätin), Guggisberg Rudolf (Justiz), Reusser Adrian (JSVP), Schneider Doris (Sekretariat), Spycher Christian (Regionalkonferenz). Von Amtes wegen sind die Präsidenten und zusätzlich ein Vertreter der Wahlkreise im Vorstand vertreten. Der Erstgenannte ist immer der Präsident. Mittelland-Nord: Freiburghaus Fritz, GR und Ceccato Felix; Mittelland-Bern: Peter Bernasconi, GR und Jakob Roland; Mittelland-Süd: Messerli Paul und Widmer Ernst. Im Verlaufe des Jahres wurde Ernst Widmer als Vertreter Mittelland-Süd durch Christian Wüthrich abgelöst. Dem scheidenden Vorstandsmitglied möchte ich an dieser Stelle für die wertvolle Unterstützung bei der Neustrukturierung, Auflösung der Amtsverbände und Neugestaltung der Landesteile herzlich danken.

Im vergangenen Geschäftsjahr wurden abwechslungsweise in den drei Wahlkreisen 2 Vorstandssitzungen und 2 Delegiertenversammlungen durchgeführt. Zu Beginn des Jahres beschäftigte sich der Vorstand vor allem mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten, die sich als Laienrichter/innen beworben haben, und mit den für unsere Partei erfreulichen Regierungs- und Grossratswahlen. Im Mittelland Nord konnten die gewünschten 5 Sitze realisiert werden. Der Wähleranteil betrug rund 23.5%. In Bern-Stadt ging der 3. Sitz, der vor 4 Jahren mit Hilfe der Listenverbindung mit der SD erobert werden konnte, wieder verloren. Im Süden konnten 6 Sitze, d.h. ein Sitz mehr als gewünscht, realisiert werden. Der Wähleranteil betrug rund 26.5%. Im Verlaufe des Jahres ist eine Stellungnahme zum Regional-, Gesamtverkehr und Siedlungskonzept RGSK Bern Mittelland ganz im Sinne unserer grundsätzlichen SVP-Verkehrspolitik, sowohl den ÖV und den motorisierten Individualverkehr, und einer dezentralen Siedlungspolitik abgegeben worden. Das Mittelland beteiligte sich ebenfalls bei der Konsultation zu den Kulturverträgen im Rahmen der Regionalkonferenz Bern-Mittelland.

Zum Schluss möchte die Gelegenheit wahrnehmen, allen zu danken, die im Verlauf des letzten Jahres, sich aktiv in den Dienst der Partei gestellt haben. Speziell möchte ich den Grossrätinnen und Grossräten, den auf kommunaler Ebene aktiven Parteivertreterinnen und Parteivertretern und den Vorstandsmitgliedern für ihren engagierten und wertvollen Einsatz danken.

Peter Bernasconi, Präsident, Bern

Emmental

Mit diversen Wahlkampfanklässen zugunsten der Regierungs- und Grossratswahlen sind wir ins Wahljahr 2010 gestartet.

Bemerkenswert waren die guten Beteiligungen an den Wahlkampfveranstaltungen in Eggwil – als Wahlkampfstart – in Kirchberg mit Nationalrat Ulrich Giezendanner, in Ersigen mit Bundesrat Ueli Maurer und in Sumiswald mit dem Radiomoderator Matthias Lauterburg. Die Grossratswahlen vom 28. März 2010 durften für die SVP Emmental als schöne Erfolge gewertet werden. Nebst den zwei bisherigen Grossräten Alfred Gerber und Fritz Reber schafften Nadja Pieren, Alfred Bärtschi und Hugo Kummer neu als Emmentaler Vertreter den Einzug in den bernischen Grossen Rat.

Für die kommenden Nationalrats- und Ständeratswahlen vom 23. Oktober 2011 nominierte unsere Partei am 7. Oktober 2010 den bisherigen Nationalrat Andreas Aebi und neu Nadja Pieren und Fritz Reber als Nationalratskandidaten. Ende 2010 galt es für unseren Vorstand, das erste Wahlduell für die Ständeratswahlen in Langnau und den Bärzelistagsanlass mit Alt Bundesrat Christoph Blocher zu organisieren.

Bereits mit einem Augenzwinkern schielen wir in den Jahresbericht 2011: Am Bärzelitag wurde der organisierende SVP Vorstand Emmental mit 1'200 Personen in Wynigen überrascht. Alle Teilnehmenden erlebten ein hervorragendes Referat über grosse Emmentaler Persönlichkeiten durch Alt Bundesrat Christoph Blocher.

Auch in diesem Jahr sind wir alle gefordert, Anlässe zu kreieren, deren Besuch ein Erlebnis und nicht ein Muss sein wird.

Andreas Aebi, Präsident, Nationalrat, Alchenstorf

Jura bernois

2010, année électorale par excellence, a vu les activités de l'UDC du Jura bernois se multiplier jusqu'aux élections cantonales et régionales du mois de mars. Le point fort a sans nul doute été le grand meeting du 8 mars 2010 à Moutier, où quelque 350 personnes en délire sont venues acclamer, entre autres, le Conseiller national Oskar Freysinger. La qualité exceptionnelle de tous les candidats, associée à une campagne agressive dans le bon sens du terme, a finalement permis à l'UDC du Jura bernois de redevenir la première force politique de la région, boutant au passage le président du Mouvement autonomiste jurassien (MAJ) hors de la classe politique cantonale. Ce n'est en effet pas moins de 3 sièges au Grand conseil, contre 1 auparavant, et 7

sièges au Conseil du Jura bernois (CJB), contre 4 auparavant, qui ont été décrochés. Les objectifs présidentiels ont donc été atteints. Félicitations aux élus et merci infiniment aux colistiers pour l'immense travail accompli.

L'alchimie a fonctionné ! Désormais, la machine est en route et les réglages permettront, j'en suis persuadé, des succès futurs plus éclatants encore.

Après les élections, l'UDC du Jura bernois ne s'est pas reposée sur ses lauriers, mais elle a continué à s'affirmer comme étant le seul parti véritablement au service des citoyens, notamment par les actions de ses représentants au Conseil national, au Grand conseil, au CJB et à l'Assemblée interjurassienne (AIJ) ainsi que par des initiatives ponctuelles, le tout bien relayé par la presse régionale. Au cas particulier, il est certain que les efforts entrepris porteront encore de nombreux fruits à l'avenir, notamment dans l'optique des élections fédérales d'octobre 2011.

Au cours de l'année 2010, le comité directeur de l'UDC du Jura bernois s'est réuni à de nombreuses reprises avec une participation réjouissante et dans une ambiance toujours constructive. Aujourd'hui et comme je l'avais déjà relevé par le passé, je suis en mesure de confirmer avec satisfaction que ses deux mamelles, qui sont la cohésion et la camaraderie, sont encore et toujours un gage de stabilité qui permet d'affronter l'avenir avec sérénité.

Je tiens ici à remercier chaleureusement toutes celles et tous ceux qui ont œuvré sans relâche aux succès collectifs et personnels dont l'UDC du Jura bernois a été gratifié en 2010.

Claude Röthlisberger, président, Reconvilier

Oberaargau

Das Jahr 2010 hatte für die SVP Oberaargau zwei Schwerpunkte. Im Frühjahr die GR- und RR-Wahlen (28. März 2010) und im Herbst die Nomination der Kandidatinnen und Kandidaten aus dem Wahlkreisverband Oberaargau für die NR-Wahlen 2011.

GR- und RR-Wahlen 2010:

Am 13. Januar 2010 musste die SVP Oberaargau mit grosser Bestürzung und tiefer Trauer vom völlig überraschenden und viel zu frühen Hinschied ihres Grossrates Ruedi Bieri Kenntnis nehmen. Gemeindepräsident und Grossrat Ruedi Bieri hinterlässt eine politische und menschliche Lücke, die während sehr langer Zeit kaum zu schliessen sein wird.

Das Wahlkomitee traf sich 2010 zu 6 Sitzungen. Zusätzlich traf sich das Wahlkomitee zwei Mal mit den GR-Kandidatinnen und -kandidaten (inklusive Schlussitzung).

Vier Strassenanlässe (in 7 verschiedenen Gemeinden) und drei Saalanlässe waren neben der Printwerbung und den Plakaten der Kandidatinnen und

Kandidaten die eingesetzten Mittel, um die Wählerinnen und Wähler zu mobilisieren. Grosse Beachtung fanden auch das „Hornussen“ und das „Reitifest“.

Mit 4 Sitzen und einem Wähleranteil von 31.27% wurden die gesetzten Ziele erreicht, dies trotz einem beachtlichen Resultat der BDP-Liste.

Die Resultate der beiden SVP-RR-Kandidaten Neuhaus und Rösti im Oberaargau entsprachen den Erwartungen.

Die SVP-Mitglieder waren zu verschiedenen Versammlungen und Anlässen eingeladen.

Delegierten- und Hauptversammlung:

Am 18. Februar 2010 konnte SVP-NR Natalie Rickli, Winterthur, im Oberaargau begrüsst werden. Ihr Referat „Einstehen für die Schweiz“ wurde mit grossem Applaus quittiert.

Rudolf Joder, NR, Parteipräsident stellte die 3 eidgenössischen Vorlagen vom 7. März 2010 vor.

Martin Lerch, Langenthal, ehemaliger Regierungsstatthalter Amt Aarwangen wurde verabschiedet und seine Arbeit für das Amt Aarwangen und den Oberaargau verdankt.

Am 27. April 2010 trafen sich die Delegierten zur Hauptversammlung. Die ordentlichen Traktanden, ergänzt mit einem Rückblick auf die GR- und RR-Wahlen 2010, gaben zu keiner grossen Diskussion Anlass. Die Versammlung wurde durch Heinz Däpp (Schnappschuss, „Uf dr Foto gseht er uus wie...“) mit verschiedenen Intermezzos aufgelockert.

Am 26. August 2010 war NR Adrian Amstutz, SVP, Sigriswil, zu Gast bei der SVP Oberaargau. In seinem Referat „SVP-Schweiz – Slalomkurs bei den Staatsverträgen“ zeigte er auf, dass mit der gewählten Taktik neue Steuern erfolgreich verhindert werden konnten.

Die Vorlage zum Arbeitslosenversicherungsgesetz wurde von Adrian Amstutz vorgestellt. Die kantonale Vorlage „zäme läbe, zäme schtimme“ wurde von Käthi Wälchli, GR, SVP, Obersteckholz erläutert.

Am 6. Oktober 2010 referierte Jean-Pierre Graber, NR, SVP, La Neuveville zum Thema „Die politische Lage in unserem Land und die eidgenössischen Wahlen 2011“. Käthi Wälchli und Christian Hadorn wurden als NR-Kandidaten zu Händen der SVP Kanton Bern mit grossem Applaus nominiert. Die dem Oberaargau zustehende dritte Linie wurde an den Kanton zurückgegeben.

Am 2. November 2010 standen die beiden eidgenössischen Vorlagen „Aus-schaffungsinitiative“ und „Steuergerechtigkeitsinitiative“ im Brennpunkt der DV. NR André Daguet, SP, Bern und NR Yvette Estermann, SVP, Luzern,

resp. GR Andreas Blank, SVP, Aarberg informierten und stellten sich den Fragen von Martin Lerch, Langenthal und den zahlreichen Interessierten.

Weitere Veranstaltungen:

Am 12. Juni 2010 waren die Sektions-Präsidentinnen und -präsidenten zur 3. Konferenz eingeladen.

Neben dem vertieften Rückblick auf die GR- und RR-Wahlen 2010 waren

- Mitgliederwerbung

- NR- Wahlen 2011

- Petition der SVP Oberaargau „24h-Ambulanzdienst in Huttwil, Langenthal und Niederbipp“ (mit 4451 Unterschriften eingereicht)

Themen, die zu einem regen und engagierten Austausch der Meinungen beitrugen.

Im Verlaufe des Jahres fusionierten die beiden SVP Sektionen Ochlenberg und Seeberg/Hermiswil. Der Verwaltungskreis Oberaargau umfasste per 01.01.2011 insgesamt 47 Gemeinden. Es bestanden 28 SVP-Sektionen, welche in 34 Gemeinden aktiv waren.

In 7 Vorstandssitzungen wurden die Geschäfte der SVP Oberaargau behandelt, beraten und verabschiedet.

Christian Hadorn, Präsident, Grossrat, Ochlenberg

Thun

Durch die Bezirksreform des Kantons wurde der Verwaltungskreis Thun um 9 Gemeinden erweitert. Um die neuen Sektionen im Westamt optimal in die Vorbereitungen für die kantonalen Wahlen einzubeziehen, passten wir unsere Statuten bereits im Jahr 2009 an. Seitdem nennen wir uns nicht mehr Amtsverband sondern Wahlkreisverband und hoben die noch bestehenden Unteramtsverbände auf.

Für die Grossrats- und Regierungsratswahlen wurden in verschiedenen Sektionen Wahlveranstaltungen und Standaktionen durchgeführt. Im Wohnort von „unserem“ Regierungsratskandidaten Albert Rösti, in Uetendorf, fand ein grosses Fest auf dem Dorfplatz mit Rösti und Bratwurst statt. Leider wurde der grosse Aufwand der Sektionen nicht belohnt und die SVP konnte wegen mangelnder Stimmbeteiligung den 2. Regierungsratssitz nicht zurückerobern.

Ebenfalls konnte der angestrebte Sitzgewinn bei den Grossratswahlen nicht erreicht werden, aber alle Bisherigen wurden hervorragend wiedergewählt: Graber Samuel, Iseli Jürg, Jost Ueli, Kilchherr Carlo und Elisabeth Schwarz.

Im Herbst wurde der Landesteil Oberland aufgelöst, dem wir bis zu diesem Zeitpunkt angehört hatten, mit dem positiven Nebeneffekt, dass noch ein stattlicher Geldbetrag in unsere Kasse zurückfloss. Eine gute Zusammenarbeit mit dem neu gegründeten Wahlkreis Oberland, wird unsererseits auch zukünftig angestrebt.

Gleichzeitig wurden die Kandidierenden für die Nationalratswahlen Herbst 2011 und Adrian Amstutz für die Ständeratswahl vom Februar 2011 nominiert.

Bei verschiedenen Gemeindewahlen schnitt die SVP dank grossem Engagement sehr gut ab. In Thun fand ein historischer Wahlsieg statt: Das Stadtpräsidium wechselte nach 40 Jahren von der SP zur SVP, die mit Raphael Lanz einem dynamischen Mann ins Rennen geschickt hatte. Lanz setzte sich erfolgreich gegen die bisherigen Gemeinderäte Peter Siegenthaler SP und Ursula Haller BDP mit grossem Stimmenvorsprung durch.

In Steffisburg konnte ein zusätzlicher Gemeinderatssitz zu Lasten der FDP errungen werden.

Während des Berichtsjahres zeichneten sich in verschiedenen Sektionen Nachwuchsprobleme ab, was zum Beispiel bei Forst-Längenbühl zu einem Zusammenschluss mit Wattenwil führte.

Nach vier Jahren als Präsidentin konnte ich mein Amt an Beatrice Frey weitergeben. An dieser Stelle danke ich allen Sektionen des Wahlkreises für die gute Zusammenarbeit und wünsche weiterhin gutes Gelingen.

Elisabeth Schwarz-Sommer, Grossrätin, Steffisburg

Oberland

Die Lösung ist nicht der Staat, der Staat ist das Problem. (Ronald Reagan)

Mit sehr grossem Engagement haben wir uns im Oberland auf die bevorstehenden Regierungsrats- und Grossratswahlen vorbereitet. Überzeugt und selbstbewusst sind unsere Kandidatinnen und Kandidaten an zahlreichen Veranstaltungen (wie z.B. Podiumsgesprächen, Volksskilanglauf, Unihockeyturnier, Risottoplausch) aufgetreten. Herzliches Dankeschön an alle Beteiligten. Am 28. März 2010 war es soweit. Die SVP konnte im Oberland ihre Sitzzahl erfolgreich verteidigen. Mit einem Wähleranteil von 38% ist die SVP klar die stärkste Partei in der Region. Leider wurde Albert Röstli nicht in den Regierungsrat gewählt. Das Oberland braucht dringend eine starke Stimme im

Regierungsrat, damit unsere Anliegen auch erhört werden. Immerhin leben 21% der Bevölkerung vom Kanton Bern im Oberland.

Im Juni wird Grossrat Gerhard Fischer für ein Jahr als Grossratspräsident und somit zum höchsten Berner gewählt. In Meiringen gab es ein grosses Fest.

Delegiertenversammlung 08. Juli 2010

Im Hotel Simmental in Boltigen begrüsst unser Grossratspräsident die Delegierten vom LVO zu seiner letzten Versammlung als Präsident. Nach Einführung der Bezirksreform wird der Kanton Bern neu in Wahlkreise aufgeteilt. Der LVO soll aufgelöst werden und den neuen Namen Wahlkreisverband Oberland (ohne Thun) bekommen. Die Delegierten sind mit dem Vorgehen nicht einverstanden. Die Versammlung beschliesst, die Statuten zurückzuweisen und nochmals zu überarbeiten. Als Präsident wird Thomas Knutti und als Vizepräsidentin Anne Speiser gewählt.

Am 13. September 2011 findet in der Chemihütte in Aeschi eine ausserordentliche Delegiertenversammlung statt. Der Wahlkreisverband Oberland wird gegründet und die Statuten genehmigt. Die Delegierten nominieren die NR Hansruedi Wandfluh und Erich von Siebenthal sowie Gerhard Fischer als Nationalratskandidaten. Der vierte Listenplatz wird Albert Rösti zur Verfügung gestellt.

Am 02. November organisierte unser Wahlkreisverband in Spiez ein Podium zur wichtigen Abstimmung über die „Ausschaffungsinitiative“ vom 28. November 2010. Viele Besucher nutzten die Gelegenheit, um die Argumente von Adrian Amstutz und Alec von Grafenried anzuhören. Am 28. November wurde die „Ausschaffungsinitiative“ mit 52.9% angenommen, bei einer hohen Stimmbeteiligung von 52.6%.

Ich möchte mich bei euch allen für die gute Zusammenarbeit im Wahlkreisverband Oberland recht herzlich bedanken. Es ist aus meiner Sicht sehr wichtig, dass wir uns für die Anliegen der Bevölkerung, der Region und unserer so wichtigen Partei der SVP einsetzen.

Thomas Knutti, Grossrat, Därstetten-Weissenburg

Biel-Seeland

Le début de l'année 2010 a été marqué par les élections au Grand Conseil. Le but était de passer de 3 sièges à 4, voir 5 sièges. Grâce à une liste de 26 candidats de haut niveau, connus et appréciés dans tout le cercle électoral Bienne-Seeland, l'UDC a réussi à faire 7 sièges. A tous les candidat-es, un grand merci pour votre engagement dans cette campagne électorale. Cha-

cun-e d'entre vous s'est lancé dans la mêlée avec entrain, sans compter et surtout avec un sens accru pour le travail en équipe qui nous a permis finalement de surpasser notre but. Il est clair que l'énorme travail fourni par le groupe « campagne électorale » conduite par Beat Feurer, et le groupe « affichage » conduit par l'ancien conseiller National Heinz Schwab a également joué un grand rôle dans le succès final. Un grand merci donc à tous les acteurs de ce succès!

Au niveau communal quelques succès sont également à noter : Le siège au Conseil communal de Lyss repris par l'UDC et le très bon résultat de l'UDC à Bienne avec la candidature de Beat Feurer à la présidence de la ville.

Les assemblées des délégués de la LT Seeland, fixées avant celle du canton, sont appréciées par nos membres. Elles permettent des discussions intéressantes, ce qui permet aux délégués du Seeland une prise de position fondée.

La révision des statuts étaient également au programme. Elle sera à l'ordre du jour de la prochaine assemblée. La réorganisation de la LT Seeland a fait beaucoup parler, entraîner un grand nombre d'échanges de courriels, de téléphones. Je souhaite de tout cœur que l'engagement sur le terrain, les actes, tels que nous les avons vécus jusqu'à présent dans le Seeland continuent à être le moteur du succès de l'UDC du Seeland, et que ceux-ci, ne soient pas étouffés par un paraphe xy ou par de la paperasserie.

À mes collègues Députés, aux membres du comité, particulièrement à mon secrétaire Marcel Schlup, et à tous ceux qui m'ont soutenue durant ma présidence, encore un grand merci. Vous tous, je vous remercie pour votre engagement pour l'UDC Seeland. Je vous remercie d'avance de continuer à travailler avec autant de motivation pour notre société, pour un futur sûr, pour une Suisse libre et démocratique.

Béatrice Struchen, Präsidentin, Grossrätin, Epsach

Gerichte

Obergericht

Als Nachfolger des zum Bundesrichter gewählten Christian Hermann (SVP) hat der Grosse Rat im Januar Herr Jean-Luc Niklaus (FDP) gewählt. Ebenso wurden im Januar als neue Oberrichter(-in) gewählt Frau Annemarie Hubschmid Volz (SVP) sowie Herr Adrian Studiger (FDP).

Bei der Geschäftslast sind auf hohem Niveau keine grösseren Veränderungen festzustellen. Zuletzt wurden zahlreiche Klagen beim Handelsgericht eingereicht, was damit zusammenhängen dürfte, dass ab 1. Januar 2011 allein die Klägerschaft einen Vorschuss leisten müssen. Das Wirtschaftsstrafgericht wird nach über zwanzig Jahren beim Obergericht per Anfang nächstes Jahr neu bei der ersten Instanz in Bern angesiedelt sein.

Für das Inkrafttreten der neuen eidgenössischen Prozessordnungen im Zivil- und im Strafbereich sowie der Justizreform per 1.1.2011 sind wir gerüstet. Zahlreiche Wahlen sind erfolgt, wir sind entsprechend organisiert und haben die erforderlichen Reglemente verabschiedet.

Zum Glück wird nun auf Bundesebene nach entsprechendem Druck insbesondere der SVP im Strafrecht die Sanktionenpalette überarbeitet und ich hoffe, wir finden zu einem echt griffigen Strafrecht zurück. Bislang hat der neue allgemeine Teil des Strafgesetzbuches bloss erheblichen Mehraufwand verursacht, ohne dass ein Mehrwert erkennbar geworden wäre. Die aufwendigst errechnete bedingte Geldstrafe ist eben nicht in allen Fällen die geeignete Sanktion.

Georges Greiner, Oberrichter

Verwaltungsgericht

Im Berichtsjahr gingen beim Verwaltungsgericht insgesamt 1'865 (Vorjahr: 1'814) neue Fälle ein. Bei 1'958 (Vorjahr 1'871) Erledigungen wurden 915 (Vorjahr 1008) Fälle auf das neue Geschäftsjahr übertragen. Vom Geschäftsanstieg ist in erster Linie das Verwaltungsrecht betroffen. Bemerkenswert ist vor allem die Zunahme im Steuerrecht, aus welchem Gebiet rund die Hälfte der zusätzlichen Eingänge stammt. Insgesamt ist im Verwaltungsrecht ein noch nie erreichter Höchststand an neuen Fällen zu verzeichnen. Im Bereich des Sozialversicherungsrechts halten sich die Eingänge im Rahmen des Vorjahres. Weil die Erledigungsquote eine Steigerung erfuhr, konnte im Verwaltungsrecht trotz gesteigerter Eingänge eine Zunahme der

hängigen Fälle weitgehend vermieden werden, während im Sozialversicherungsrecht Pendenzen abgebaut werden konnten.

Bei der *verwaltungsrechtlichen Abteilung* gingen im Berichtsjahr 464 (397) Beschwerden, Klagen und Appellationen ein. Damit resultiert gegenüber dem Vorjahr ein massiver Geschäftsanstieg von rund 17 Prozent. Gemessen am Durchschnitt der vorausgegangenen fünf Jahre (2005-2009) von 335 Eingängen hat sich die Zahl der Eingänge um 129 Fälle oder rund 38,5 Prozent erhöht. Mit Blick auf das Inkrafttreten der Rechtsweggarantie per 1. Januar 2009 ist mit einer mittelfristigen Fallzunahme gerechnet worden; ein Teil des Anstiegs der Eingänge ist denn auch auf die erweiterten Zuständigkeiten u.a. im Ausländerrecht, im Raumplanungsrecht, im Steuerrecht (Erlasstreitigkeiten) und auf dem Gebiet der politischen Rechte zurückzuführen. Erhebliche Zunahmen sind im Steuerrecht mit insgesamt 122 (89) sowie, nach einer vorübergehenden Beruhigung im letzten Jahr, im Bau- und Planungsrecht mit 63 (41) Eingängen zu verzeichnen. Im Ausländerrecht sind die Eingänge mit 90 (87) praktisch unverändert auf dem ausserordentlich hohen Vorjahresniveau geblieben. Obwohl die Eingänge einen in der jüngeren Geschichte der VRA beispiellosen Zuwachs erfahren haben, sind die Pendenzen mit 210 (193) nur bescheiden angewachsen. Dies ist auf die ausserordentlich hohe Anzahl Erledigungen zurückzuführen. Die Angehörigen der VRA haben mit 447 (360) Erledigungen eine quantitativ beeindruckende Leistung erbracht, allerdings zum Teil mit der Folge des Anwachsens von Überzeit- und Ferienguthaben.

Bei der *sozialversicherungsrechtlichen Abteilung* gingen im Berichtsjahr insgesamt 1'243 (Vorjahr: 1'243) Beschwerden und Klagen ein. Die Zahl der erledigten Fälle belief sich auf 1'345 (1'325). Auf das neue Jahr übertragen wurden 616 (718) Fälle. Trotz eines leichten Rückgangs (von 719 auf 701) machen die Fälle der Invalidenversicherung mit 56 Prozent nach wie vor den mit Abstand grössten Anteil der Geschäftslast aus. Zugenommen haben die Fälle in der Arbeitslosenversicherung (von 132 auf 138), bei den Ergänzungsleistungen (von 40 auf 54), in der Krankenversicherung (von 42 auf 59) und bei der Erwerbsersatzordnung (von 7 auf 17). Einen Rückgang gab es dagegen nebst der Invalidenversicherung bei den AHV-Fällen (von 82 auf 73) und in der Unfallversicherung (von 133 auf 118). Die Zahl der erledigten Fälle liegt mit 1'345 leicht über derjenigen des Vorjahres (1'325). Mit grossem Einsatz wurde der Abbau der Pendenzen weiterverfolgt, wodurch der tiefste Stand der hängigen Fälle der letzten fünf Jahre erreicht werden konnte.

Die entsprechenden Angaben für die *französischsprachige Abteilung* lassen sich dem publizierten Jahresbericht des Gerichts entnehmen.

Thomas Müller, Verwaltungsrichter

Untersuchungsrichterämter (Regionale und Kantonale)

Dies ist die letzte Berichterstattung in der Funktion als Untersuchungsrichter. Schon längere Zeit war bekannt, dass durch die anstehende Justizreform die Durchführung der Strafuntersuchung und die Anklageerhebung vor dem urteilenden Gericht zukünftig von der gleichen Person (Staatsanwalt) wahrgenommen werden wird. Diese Zusammenführung der Funktionen und die dadurch entstehenden Veränderungen sind von der Mehrzahl der Betroffenen befürwortet worden. Die Generalprokuratur leitete das entsprechende Anstellungsverfahren früh ein, womit unnötige Unruhe und Unsicherheit bezüglich der zukünftigen Arbeitsstelle vermieden werden konnte.

Das vergangene Jahr war dann auch geprägt durch die bevorstehende Einführung der StPO und der diesbezüglichen Umsetzungsarbeiten. In vielen Kommissionen und Arbeitsgruppen wurden die kommenden Änderungen vorbereitet. An diversen Kursen wurden die Neuerungen vorgestellt und auf allfällige Tücken der neuen Prozessordnung hingewiesen. Daneben mussten Arbeitsplätze vorbereitet und Arbeitsabläufe neu geplant werden. Insgesamt führte dies zu einer erheblichen Mehrbelastung.

Grosse Sorgen bereitete die Einführung des neuen EDV-Systems Tribuna. Die mit der Projektleitung beauftragte Firma Delta Logic erfüllte ihre Aufgaben ungenügend. Dadurch ergaben sich speziell im Massengeschäft teilweise Rückstände, deren Aufarbeitung noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Das Untersuchungsrichteramt Emmental-Oberaargau hat seinen Standort vorübergehend ins Schloss Fraubrunnen verlegt. Das sich im Bau befindende neue Justizgebäude in Burgdorf wird erst im April 2012 bezogen werden können.

Im Hinblick auf die Justizreform wurde auch das Amtshaus in Bern umgebaut. Zukünftig wird dort nur noch die Strafjustiz der Region Bern-Mittelland ihren Standort haben.

Die Untersuchungsregion Berner Jura-Seeland hatte mehrere, national für Aufsehen sorgende Strafverfahren zu bearbeiten. Durch den Bootsunfall auf dem Bielersee, den Fall Peter Hans Kneubühl sowie das Tötungsdelikt an einer brasilianischen Prostituierten wurden die Untersuchungsbehörden in hohem Mass belastet. Daneben musste in dieser Region mit zusätzlichen gezielten Aktionen gegen den Drogenhandel vorgegangen werden. Durch die Nähe zur Westschweiz und der Landesgrenze mit Frankreich ist Biel leider zu einem wichtigen Drogenumschlagplatz geworden.

Die Zusammenarbeit mit der Polizei verlief angenehm und grundsätzlich problemlos. Die Anzahl der eingegangenen Strafanzeigen blieb auf hohem Niveau konstant.

Urs Fuhrer,
Untersuchungsrichter

IV. Organisation / Personelles

Personelle Zusammensetzung der Parteiorgane (Stand 31.12.2010)

Geschäftsleitung

Präsident:	Rudolf Joder, Nationalrat, Belp
Vizepräsidenten:	Fritz Reber, Grossrat, Schangnau Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz
Geschäftsführerin:	Aliki M. Panayides, Ostermundigen
Finanzverantwortlicher:	Jean-Michel With, Belp
Fraktionspräsident:	Peter Brand, Münchenbuchsee
Ein weiteres Mitglied:	Gerhard Fischer, Meiringen

Parteivorstand

Präsident

Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Vizepräsidenten

Fritz Reber, Grossrat, Schangnau
Käthi Wälchli, Grossrätin, Obersteckholz

Geschäftsführerin

Aliki M. Panayides

Finanzverantwortlicher

Jean-Michel With, Belp

Fraktionspräsident

Peter Brand, Münchenbuchsee

Weiteres Mitglied der Geschäftsleitung

Gerhard Fischer, Meiringen

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Belp

Die eidgenössischen Parlamentarier

Andreas Aebi, Alchenstorf
Adrian Amstutz, Sigriswil
Andrea Geissbühler, Herrenschwanden
Jean-Pierre Graber, La Neuveville
Rudolf Joder, Belp
Simon Schenk, Trubschachen
Erich von Siebenthal, Gstaad
Hansruedi Wandfluh, Frutigen

Vertreter Fachkommissionen

Carlo Kilchherr, Thun (Bau, Verkehr und Energie)
Béatrice Struchen, Epsach (Erziehung)
Andreas Blank, Aarberg (Finanzen/Verwaltung)
Donat Schneider, Diessbach b. Büren (Gesundheit und Fürsorge)
Fritz Ruchti, Seewil (Justiz, Gemeinden, Kirchen)
Christian Hadorn, Ochlenberg (Polizei und Militär)
Elisabeth Schwarz, Steffisburg (Volkswirtschaft)

Vertreterin der SVP Frauen Kanton Bern

Jolanda Brunner, Spiez

Vertreter der Jungen SVP

Erich J. Hess, Bern

Vertreter SVP Senioren

Rudolf Graf, Aarwangen

Weitere Mitglieder

Martin Baltisser, Bremgarten
Manfred Bühler, Cortébert
Thomas Fuchs, Bern
Werner Salzmann, Mülchi

Grossratsfraktion

Die Grossratsfraktion setzte sich **2010** wie folgt zusammen:

Aebischer Werner, Guggisberg (bis 31.Mai)
Augstburger Ueli, Gerzensee (ab 1. Juni)
Bärtschi Alfred, Lützelflüh (ab 1. Juni)
Berger Christoph, Aeschi (ab 1. Juni)
Bernasconi Peter, Bern (bis 31.Mai)
Bieri Rudolf, Oberbipp (bis 13. Januar)
Blanchard Jean-Michel, Malleray
Blank Andreas, Aarberg
Brand Peter, Münchenbuchsee
Bühler Manfred, Cortébert (ab 1. Juni)
Burren Andreas, Mittelhäusern (ab 1. Juni)
Fischer Gerhard, Meiringen
Freiburghaus Fritz, Rosshäusern
Fuchs Thomas, Bern
Geiser Pierre-André, Tavannes (ab 1. Juni)
Geissbühler Sabina, Herrenschwanden
Gerber Alfred, Gohl
Graber Samuel, Horrenbach-Buchen
Gränicher Hans Ulrich, Bern (bis 31.Mai)
Guggisberg Lars, Ittigen (ab 1. Juni)
Hadorn Christian, Ochlenberg
Hess Erich, Bern (ab 1. Juni)
Hostettler Werner, Zollbrück (bis 31.Mai)
Iseli Jürg, Zwieselberg
Jost Ueli, Thun (ab 1. Juni)
Kilchherr Carlo, Thun (ab 1. Juni)
Knutti Thomas, Weissenburg (ab 1. Juni)
Kummer Hugo, Burgdorf (ab 1. Juni)
Küng-Marmet Bethli, Saanen
Lanz Andreas, Thun (ab 1. Juni)
Marti Willy, Kallnach (ab 1. Juni)
Messerli Paul, Kirchdorf
Messerli Walter, Interlaken
Moser Werner, Landiswil (ab 1. Juni)
Müller Moritz, Bowil (ab 1. Juni)
Pieren Nadja, Burgdorf (ab 1. Juni)
Reber Fritz, Schangnau
Rösti Hans, Kandersteg
Ruchti Fritz, Seewil
Rufener Thomas, Langenthal (ab 1. Juni)

Schlup Martin, Schüpfen (ab 1. Juni)
Schmid Hans, Achseten
Schneider Donat, Diessbach (ab 1. Juni)
Schori Peter, Spiegel (bis 31. Mai)
Schürch Jürg, Huttwil (ab 1. Juni)
Schwarz-Sommer Elisabeth, Steffisburg
Schweizer Hansrudolf, Utzigen (ab 1. Juni)
Struchen Béatrice, Epsach
Studer Ueli, Niederscherli (ab 1. Juni)
Wälchli Käthi, Obersteckholz
Wyss Fritz, Wengi (ab 1. Juni)
Zumbrunn Bernhard (bis 31. Mai)

Vertretung in der SVP Schweiz (Stand 31.12.2010)

Mitglieder des Zentralvorstandes

Adrian Amstutz, Nationalrat Sigriswil
Martin Baltisser, Generalsekretär SVP CH, Bremgarten
Jolanda Brunner, Präsidentin SVP Frauen Kanton Bern, Spiez
Jean-Blaise Defago, Bern
Thomas Fuchs, Grossrat, Bern
Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz, Hinterkappelen
Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern
Rudolf Joder, Nationalrat, Belp
Alike M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Andrea Pieren, Lyssach
Nadja Pieren, Grossrätin, Burgdorf
Hans Rösti, Grossrat, Kandersteg
Michael Waber, Worb

Mitglieder des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Grossrätin, Burgdorf
Silvia Bär, Generalsekretärin SVP CH a. i., Wiler b. Seedorf
Rita Gygax, Präsidentin SVP Frauen Schweiz, Hinterkappelen
Erich J. Hess, Präsident JSVP Schweiz, Bern
Rudolf Joder, Nationalrat, Belp

Mitglied des Büros des leitenden Ausschusses

Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil
Nadja Pieren, Grossrätin, Burgdorf

Regierungsmitglied

Christoph Neuhaus, Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektor, Belp

Parteisekretariat

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin, Ostermundigen
Reto Niederhauser, wiss. Mitarbeiter, Fraktionssekretär,
stv. Geschäftsführer, Bern
Jasmin Scheidegger, Mitarbeiterin, Schönbühl
Thomas Stettler, Praktikant 60 %, Bern (bis 31. März)

Stiftungsrat „Hilfsfonds SVP Kanton Bern“

Werner Aebischer, Präsident, Guggisberg
Käthi Wälchli, Vizepräsidentin, Obersteckholz
Hans Ueli Salzmann, Sekretär, Oberburg
Christian Rubin, Kassier, Aeschi b. Spiez
Pierre Berger, Beisitzer, Mont-Crosin

Vorstand des „Bären-Club“ der SVP Kanton Bern

Jean-Pierre Graber, Nationalrat, Präsident, La Neuveville
Andrea Pieren, Vizepräsidentin, Lyssach
Aliki M. Panayides, Sekretärin, Ostermundigen
Markus Steiner, Kassier, Fraubrunnen
Jean-Michel With, Beisitzer, Belp
Thomas Fuchs, Grossrat, Beisitzer, Bern
Gerhard Fischer, Grossrat, Vertretung der Parteileitung, Meiringen

Unsere Verstorbenen

Im Berichtsjahr hatte die Partei wieder den Verlust verdienter und langjähriger Exponenten zu beklagen. Dabei seien namentlich erwähnt:

Bieri-Lüthi Ruedi, Grossrat, ist in seinem 57. Lebensjahr verstorben. Ruedi Bieri war nicht nur als Grossrat, sondern auch auf kommunaler Ebene politisch aktiv. Er war Gemeindepräsident der Gemeinde Oberbipp. Ausserdem war er für die SVP im Büro des Grossen Rates tätig und er setzte sich für die öffentliche Sicherheit, den Finanz- und Landwirtschaftsbereich sehr ein.

Beutler-Fontan Res, a. Grossrat ist in seinem 56. Lebensjahren verstorben. Res Beutler war auf kantonaler und auf kommunaler Ebene politisch aktiv. Er war Gemeinderat von Interlaken. Ausserdem war er Mitglied des Vorstandes des Bernischen Fleckviehzuchtverbands sowie im Verwaltungsrat des Konferenz- und Kongresszentrums Casino Kursaal Interlaken.

Burri-Mosimann Hans-Rudolf, a. Regierungsstatthalter, ist in seinem 91. Lebensjahr verstorben. Hans Rudolf Burri hat sich als Regierungsstatthalter in der Region Seeland aktiv für die SVP eingesetzt.

V. Schlusswort der Geschäftsführerin

Die Arbeit hat sich gelohnt. Wir haben 2010 alle Ressourcen auf die Gross- und Regierungsratswahlen konzentriert und gewonnen. Dabei sind wir wohl dem einen oder anderen Sektionsmitglied etwas auf die Nerven gegangen mit den zahlreichen Wahlaufufen. Aus der einen oder anderen Sektion gab es entsprechende Rückmeldungen. Nach den Wahlen kam dann aber doch auch die eine oder andere E-Mail mit der Feststellung: Ihr habt doch recht gehabt mit euren ständigen Aufforderungen, es brauchte jede Stimme.

Kaum ist der Gross- und Regierungsratswahlkampf vorbei, geht es an die nächsten Wahlen. In etlichen Gemeinden stehen Gemeindewahlen an und eidgenössisch hat die SVP im kommenden Jahr sogar zwei Wahlkämpfe zu bestreiten. Manchmal scheint es, als sei auch die SVP Kanton Bern im Dauerwahlkampf. Ganz so ist es nicht. Noch bleiben jeweils ein paar Wochen für Analysen und fürs Archivieren und Entsorgen von Material zwischen den einzelnen Wahlkampfphasen, aber die politische Arbeit ist aufwändiger geworden. Wer nicht ständig daran erinnert, wofür er oder sie sich einsetzt, wird vergessen. Das können wir nicht ändern. Zu seriöser politischer Grundlagenarbeit gehört heute auch eine ebenso seriöse und permanente Medienarbeit. Das fordert uns alle, ist aber auch eine Chance: Die SVP Kanton Bern und ihre Sektionen vertreten ein gradliniges und differenziertes Programm und dürfen sich mit ihren politischen Arbeit zeigen.

Die SVP Kanton Bern ist in Bewegung. Es macht immer wieder Freude, im Sekretariat die begeisterten Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern entgegen zu nehmen. Natürlich gibt es auch weniger positive Rückmeldungen, aber immer wieder stellen wir fest, dass sich nach unseren Antworten spannende Diskussionen entwickeln und der eine oder andere Kritiker schliesslich einräumt, dass die SVP gute Arbeit leistet. Machen wir weiter so!

Aliki M. Panayides, Geschäftsführerin

VI. Die Partei in Zahlen

Mitgliederzahlen

Sektion	Bestand 31.12.2009	Bestand 31.12.2010	Veränderung
Allmendingen	27	26	-1
Bolligen	136	133	-3
Bremgarten b. Bern	25	25	0
Büren z. Hof	36	34	-2
Diemerswil	23	23	0
Ferenbalm	73	71	-2
Fraubrunnen	62	68	+6
Frauenkappelen	34	34	0
Golaten	12	12	0
Gurbrü	24	18	-6
Ittigen	60	59	-1
Jegenstorf	112	97	-15
Kirchlindach	97	94	-3
Kriechenwil	24	24	0
Laupen	34	33	-1
Mattstetten	27	27	0
Meikirch	82	82	0
Moosseedorf	91	87	-4
Mühleberg	97	91	-6
Mülchi	13	26	+13
Münchenbuchsee	188	181	-7
Münchenwiler	15	15	0
Muri-Gümligen	102	106	+4
Neuenegg	226	217	-9
Ostermundigen	63	58	-5
Stettlen	47	46	-1
Urtenen-Schönbühl	72	76	+4
Vechigen	185	178	-7
Wohlen b. Bern	112	111	-1
Worb	221	224	+3
Zollikofen	108	104	-4
Einzelmitglied	1	30	+29
Mittelland-Nord	2'459	2'410	-49

Arni	30	29	-1
Belp	180	174	-6
Belpberg	47	47	0
Biglen	60	71	+11
Bowil	52	50	-2
Gelterfingen	11	11	0
Gerzensee	60	66	+6
Grosshöchstetten	47	50	+3
Guggisberg	44	43	+1
Kaufdorf	23	23	0
Kehrsatz	27	27	0
Kiesen-Oppligen	48	51	+3
Kirchdorf / Noflen	107	107	0
Köniz Total	234	215	-19
Konolfingen	182	181	-1
Landiswil	50	52	+2
Linden	73	73	0
Münsingen	65	63	+2
Oberbalm	47	44	-3
Oberdiessbach	101	99	-2
Oberthal	33	32	-1
Riggisberg	94	92	-2
Rubigen	15	20	+5
Rüeggisberg	96	91	-5
Rüschegg	49	44	-5
Schlosswil	46	46	0
Thurnen	47	31	-16
Toffen	61	61	0
Trimstein	35	33	-2
Wahlern	130	115	-15
Walkringen	56	56	0
Wichtrach	122	115	-7
Zimmerwald	53	55	+2
Zäziwil	62	62	0
Mittelland-Süd	2'435	2'329	-106

Aarberg	115	97	-18
Aarberg Einzelmitglieder	1	1	0
Bangerten	21	21	0
Bellmund	5	5	0
Biel / Bienne	114	97	-17
Brüttelen	12	12	0
Bütigen	40	40	0
Bühl	18	18	0
Büren a. Aare	106	106	0
Buswil b. Büren	30	30	0
Dotzigen	38	39	+1
Epsach	22	22	0
Erlach	65	58	-7
Finsterhennen	11	11	0
Grossaffoltern	71	68	-2
Ins	156	151	-5
Ipsach	42	42	0
Jens	31	28	-3
Jolimont	0	48	+48
Kallnach	60	60	0
Kappelen	55	53	-2
Lengnau (BE)	39	44	+5
Lyss	95	99	+4
Meinisberg	23	23	0
Müntschemier	89	80	-9
Nidau	16	16	0
Nidau Einzelmitglieder	24	23	-1
Oberwil b. Büren	46	45	-1
Orpund	42	42	0
Pieterlen	50	50	0
Port	33	34	+1
Radelfingen	57	57	0
Rapperswil	96	95	-1
Ruppoldsried	9	9	0
Safnern	60	60	0
Schüpfen	140	134	-6
Schwadernau	15	15	0
Seedorf (BE)	164	168	+4
Siselen	16	16	0
Studen	27	27	0

Sutz-Lattrigen	10	10	0
Täuffelen	62	58	-4
Treiten	47	47	0
Twann-Tüscherz-Alfermée	13	13	0
Walperswil	40	40	0
Wengi	29	29	0
Worben	42	38	-4
Einzelmitglied	1	1	0
Seeland	2'342	2'279	-63
Bévilard	1	5	+4
Corgémont	18	17	-1
Cortébert	9	9	0
Court	22	21	-1
Courtelay	5	5	0
Diesse	3	4	+1
La Chaux d'Abel	6	5	-1
La Ferrière	5	5	0
La Neuveville	22	23	+1
Malleray	8	7	-1
Mont-Tramelan	3	3	0
Moutier	42	45	+3
Moutier Diverse	21	25	+4
Nods	4	3	-1
Orvin	12	15	+3
Péry	6	8	+2
Prêles	2	2	0
Reconvilier	8	9	+1
Renan	17	17	0
Romont	6	6	0
Saint-Imier	32	31	-1
Sonceboz-Sombeval	7	8	+1
Sonvilier	11	8	-2
Tavannes	22	28	+6
Tramelan	19	19	0
Vaufvelin	6	7	+1
Berner Jura	318	335	+17

Aefligen	38	40	+2
Affoltern i. E.	83	82	-1
Alchenstorf	57	57	0
Bätterkinden	100	93	-7
Burgdorf	106	108	+2
Dürrenroth	61	58	-3
Eggiwil	160	160	0
Ersigen	138	140	+2
Hasle b. B.	123	123	0
Heimiswil	98	89	-11
Hindelbank	52	50	-2
Höchstetten-Hellsau	16	16	0
Kirchberg	96	93	-3
Koppigen	86	90	+4
Krauchthal	110	106	-4
Langnau i. E.	167	164	-3
Lauperswil	74	74	0
Lützelflüh	87	87	0
Lyssach	73	69	-4
Mötschwil	30	29	-1
Nieder- & Oberösch	29	29	0
Oberburg	173	162	-11
Röthenbach	67	68	+1
Rüderswil	60	60	0
Rüdtligen-Alchenflüh	47	47	0
Rüegsau	100	106	+6
Schangnau	90	90	0
Signau	56	56	0
Sumiswald	167	166	-1
Trachselwald	33	33	0
Trub / Trubschachen	101	97	-4
Utzenstorf	124	111	-13
Wiler b. U.	33	33	0
Wynigen	134	134	0
Zielebach	16	16	0
Emmental	2'985	2'936	-49

Aarwangen	129	129	0
Attiswil	39	41	+2
Auswil	10	9	-1
Bleienbach	68	69	+1
Busswil / Melchnau	90	90	0
Eriswil	68	70	+2
Gondiswil	37	36	-1
Herzogenbuchsee	98	98	0
Huttwil	150	148	-2
Inkwil/Röthenbach/Wanzwil	19	13	-6
Kleindietwil	7	7	0
Langenthal	192	206	+14
Lotzwil	49	49	0
Madiswil	91	92	+1
Niederbipp	102	102	0
Oberbipp	80	79	-1
Obersteckholz	32	25	-7
Roggwil	106	104	-2
Rohrbach	40	41	+1
Rütschelen	22	22	0
Schwarzhäusern	20	20	0
Seeberg / Hermiswil / Ochlenberg	46	80	+34
Thörigen	84	87	+3
Thunstetten	78	78	0
Ursenbach	48	48	0
Walterswil	40	38	-2
Wangen a. Aare	75	68	-7
Wiedlisbach	43	43	0
Wynau	18	18	0
Wyssachen	49	51	+2
Einzelmitglieder	20	20	0
Oberaargau	1'988	1'981	-7
Amsoldingen	48	47	-1
Blumenstein	37	30	-7
Buchholterberg-Wachseldorn	71	70	-1
Burgistein	39	37	-2
Forst-Längenbühl	26	25	-1

Gurzelen	34	26	-8
Heimberg	71	73	+2
Hilterfingen	43	40	-3
Höfen	29	30	+1
Linkes Zuggebiet und Umge- bung	73	70	-3
Oberhofen	57	57	0
Reutigen	53	51	-2
Schwarzenegg-Fahrni	155	156	+1
Seftigen	44	44	0
Sigriswil	131	132	+1
Steffisburg	140	138	-2
Thierachern	49	50	+1
Thun	189	190	+1
Uebeschi	33	34	+1
Uetendorf	143	139	+4
Uttigen / Kienersrüti	39	38	+1
Wattenwil	80	76	-4
Zwieselberg	17	17	0
Thun	1'601	1'570	-31
Adelboden	60	61	+1
Aeschi b. Spiez	85	79	-6
Beatenberg	49	51	+2
Boltigen	37	35	-2
Bönigen	28	29	+1
Brienz	71	70	-1
Därstetten / Weissenburg	53	52	-1
Diemtigen	61	66	+5
Erlenbach	21	25	+4
Frutigen	186	201	+15
Grindelwald	136	128	-8
Gsteig	25	24	-1
Habkern	38	31	-7
Interlaken	74	70	-4
Interlaken Einzelmitglieder	5	5	0
Kandersteg	32	28	-4
Lauterbrunnen	25	26	+1
Lenk	56	56	0
Matten b. Interlaken	60	59	-1

Oberhasli	153	146	-7
Oberwil i. S.	41	40	-1
Reichenbach	92	92	0
Ringgenberg / Goldswil	47	47	0
Saanen	175	188	+13
Spiez	152	157	+5
St. Stephan	40	41	+1
Unterseen	60	57	-3
Wilderswil	54	59	+5
Wimmis	139	147	+8
Zweisimmen	78	78	0
Oberland	2'133	2'148	+15
Bern Stadt	384	387	+3
Direktmitglieder Kanton	46	42	-4
Total Kanton Bern	16'675	16'417	-258